

Schriftliche Fragen

mit den in der Zeit vom 17. bis 28. März 2008
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bahr, Daniel (Münster) (FDP)	76, 77	Kauch, Michael (FDP)	92, 93
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Königshaus, Hellmut (FDP)	115, 116
Binder, Karin (DIE LINKE.)	62	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	105, 106, 107, 108
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	55, 56
Brüderle, Rainer (FDP)	29, 30, 31, 32	Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	94, 99
Burgbacher, Ernst (FDP)	82	Leibrecht, Harald (FDP)	8
Claus, Roland (DIE LINKE.)	64, 65	Lenke, Ina (FDP)	71, 72, 73, 74
Döring, Patrick (FDP)	12	Löning, Markus (FDP)	17, 18, 34, 35
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	13, 14, 39, 40	Manzewski, Dirk (SPD)	78, 79, 80
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	41, 42	Meierhofer, Horst (FDP)	100, 101, 102, 103
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	63	Michalk, Maria (CDU/CSU)	95
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	66, 67, 68, 69	Mücke, Jan (FDP)	1, 2
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	83, 114	Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU)	9, 81, 104
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	84	Niebel, Dirk (FDP)	57, 58, 109
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	85	Nitzsche, Henry (fraktionslos)	19, 20
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87, 88	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	3, 4
Heynemann, Bernd (CDU/CSU)	33	Pau, Petra (DIE LINKE.)	21, 22, 23, 70, 75
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.)	43, 44	Ramelow, Bodo (DIE LINKE.)	59, 60, 61
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46, 89	Schäffler, Frank (FDP)	5, 6, 36
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90, 91	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	110, 111
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	15, 16	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	96, 97

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Tauss, Jörg (SPD)	47, 48	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	112, 113	Dr. Wissing, Volker (FDP)	28, 38
Thiele, Carl-Ludwig (FDP)	24, 25, 37, 49	Wistuba, Engelbert (SPD)	50, 51, 52, 53
Toncar, Florian (FDP)	98	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	54

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes			
Mücke, Jan (FDP)		Leibrecht, Harald (FDP)	
Unterstützung für Helma Orosz bei der Kandidatur für das Dresdner Oberbürgermeisteramt durch Bundesminister Dr. Thomas de Maizière; Inhalt, verwendetes Medium sowie Ausschluss der Funktion als Regierungsmitglied	1	Kenntnis der Bundesregierung über die in Tibet stattfindende Auseinandersetzung zwischen der tibetischen Bevölkerung und den chinesischen Sicherheitsbehörden sowie geplante Maßnahmen der Bundesregierung	9
Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)		Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU)	
Zahl der im Bundeskanzleramt, den Bundesministerien sowie im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ausschließlich oder überwiegend mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrauten Beamten des gehobenen und höheren Dienstes bzw. Zahl der vergleichbaren Angestellten; Höhe des Etats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den genannten Bundesbehörden sowie eventuelle Veränderungen im Vergleich zur 15. Wahlperiode	1	Haltung der Bundesregierung zur Bewerbung des Bremer Innensenators Willi Lemke (SPD) für die Position des UNO-Sonderberaters für Sport, Frieden und Entwicklung und zur Unterstützung dieser UNO-Position mit 0,5 Mio. Euro pro Jahr aus Haushaltsmitteln (DER SPIEGEL Nr. 10, 3. März 2008)	9
Schäffler, Frank (FDP)		Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	
Berücksichtigung von Sozialversicherungsträgern und Selbstverwaltungskörperschaften bei der Fortentwicklung des Regierungsprogramms zum Bürokratieabbau; Vereinbarkeit der Kriterien der Bundesregierung für die Messung von Bürokratiekosten mit dem Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates	6	Beck, Volker (Köln)	
		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
		Vorlage eines klarstellenden Schreibens des BMI im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der neuen „Readmission Policy“ am 1. Januar 2008 bezüglich Rückführungsverbot für Kosovo-Serben bzw. Kosovo-Albaner in Minderheitensituationen im Kosovo analog dem Rückführungsverbot für nicht straffällige Roma	10
		Antwort der Bundesregierung auf ein Schreiben des A. G. vom 6. Februar 2008 bezüglich der Erleichterung von Einbürgerungen ehemaliger NS-Opfer	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes		Döring, Patrick (FDP)	
Bonde, Alexander		Amtshandlungen mit einer möglichen Berücksichtigung der Bedeutung, des wirtschaftlichen Wertes oder eines sonstigen Nutzens bei der Festsetzung der Gebühren sowie Höhe dieses möglichen „Nutzen-Aufschlags“ für die jeweilige Gebühr	11
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)			
Position der Bundesregierung auf dem NATO-Gipfel in Bukarest bezüglich der Stationierung von Teilen des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Europa	8		

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
<p>Dreibus, Werner (DIE LINKE.) Auswirkung der Verwirklichung der vom Bundesminister des Innern in der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes angebotenen Lohnerhöhung von 5 Prozent (verteilt auf zwei Jahre) auf die Entwicklung der Kaufkraft der Bundesbeschäftigten und Auswirkung der geforderten Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die Entwicklung der Stundenlöhne der Bundesbeschäftigten</p>	<p>Thiele, Carl-Ludwig (FDP) Anzahl der verloren gegangenen bzw. unauffindbaren von deutschen Behörden genutzten Notebooks und Computer seit 2005 sowie betroffene Behörden</p>
<p>Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) Anzahl der im Ausländerzentralregister mit einer Duldung erfassten Personen zum 31. Dezember 2007; Anzahl der dort Erfassten mit serbisch-montenegrinischer bzw. serbischer Staatsangehörigkeit mit nun mutmaßlicher Zugehörigkeit zur „Republik Kosovo“; Maßnahmen zur zügigen Feststellung dieser Änderung</p>	<p>Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Begründung für die Kürzung der im Einzelplan 06 des Bundeshaushalts (Kapitel 06 33 Titel 684 04) im Projektbereich „Maßnahmen für die muslimische Bevölkerung“ eingestellten Mittel für die niedrigschwelligen Kursangebote zur Integration ausländischer Frauen für das Jahr 2008 sowie Ermöglichung nachträglicher Zurverfügungstellung so genannter Restmittel für diese Frauenkurse</p>
<p>Löning, Markus (FDP) Veränderung der Bedrohungslage für die britische Botschaft in der Berliner Wilhelmstraße seit der dortigen Vollsperrung sowie alternative Schutzmöglichkeiten zur Vollsperrung</p>	<p>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz</p> <p>Dr. Wissing, Volker (FDP) Festhalten der Bundesregierung an der bisherigen Fassung des § 173 des Strafgesetzbuchs (StGB) sowie Entwicklung der Zahl der Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe nach § 173 StGB in den letzten fünf Jahren</p>
<p>Nitzsche, Henry (fraktionslos) Auswirkung des Beschlusses der dritten Deutschen Islamkonferenz vom 13. März 2008 zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts auf die Gesetzgebung der Länder sowie damit verbundene Kosten</p>	<p>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</p> <p>Brüderle, Rainer (FDP) Höhe der der Entscheidung zur Zuführung neuer Fremd- und Eigenmittel des Bundes und der KfW an die IKB zugrunde liegenden Verlustannahmen der IKB für das Geschäftsjahr 2007/2008 sowie Höhe des bilanziellen Eigen- und Grundkapitals der IKB zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Schadensersatzanspruch gegen Vorstandsmitglieder der IKB nach § 93 Abs. 2 des Aktiengesetzes vor dem Hintergrund der Anpassung der ursprünglich für 2007/2008 angegebenen Verlusterwartungen auf einen jetzt geringeren Wert und unter dem Gesichtspunkt des gesunkenen Grundkapitals; Pflicht des IKB-Vorstands zur unverzüglichen Einberufung der Hauptversammlung nach § 92 Abs. 1 des Aktiengesetzes</p>
<p>Pau, Petra (DIE LINKE.) Anzahl der in Aghanistan tätigen Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks (THW) in den Jahren 2007 und 2008 sowie deren Aufgaben; Zusammenarbeit des THW mit NATO/ISAF, den PRT-Führungsnationen und Polizeikräften in Afghanistan zur Reform des Sicherheitssektors sowie Rechtsgrundlage für diese Kooperation</p> <p>Kenntnisse aus der Evaluation vom 1. März 2008 zur Umsetzung der Neuorganisation der Bundespolizei</p>	

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Heynemann, Bernd (CDU/CSU) Haltung der Bundesregierung zur Veruntreuung von Staats- und Parteivermögen der ehemaligen DDR in Zusammenhang mit der Lückenhaftigkeit der Finanzwirtschaft der DDR laut Aussage der Zeitschrift „Der Stacheldraht“ (Ausgabe Nr. 1/2008) sowie Maßnahmen zur Aufklärung . . .	Haltung der Bundesregierung zu empfohlenen Lohnsteigerungen von 3 bis 3,5 Prozent zur Stärkung des privaten Konsums . . .
21	26
Löning, Markus (FDP) Stand der Ausschreibung und des Verkaufs der Liegenschaft Kladower Damm 299 in Berlin	Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.) Absenkung der Netzentgelte im Stromsektor in den Jahren 2006 bis 2008 jeweils gegenüber dem Vorjahr sowie Kostensenkung durch die Regulierung nach Ablauf der ersten fünfjährigen Regulierungsperiode gegenüber dem 1. Januar 2009 bezogen auf einen Privathaushalt mit einem Stromverbrauch von 3 500 Kilowattstunden im Jahr
21	27
Planungen für die Liegenschaften Hohenzollernring 15/16, Flankenschanze 46 in Berlin-Spandau	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auswirkungen des Beschlusses des Europäischen Rates vom März 2007 zur Energieeinsparung von 20 Prozent bis 2020 für die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland
21	27
Schäffler, Frank (FDP) Durchführung von Sonderprüfungen der außerbilanziellen Zweckgesellschaften bei der IKB sowie Bewertung dieser Prüfungen durch die Bundesregierung	Berechnungen und Annahmen der Deutschen Energie-Agentur für eine laut aktueller Panorama-Meldung in „SPIEGEL ONLINE“ zukünftige „gewaltige Stromlücke“ in Deutschland . . .
22	28
Thiele, Carl-Ludwig (FDP) Beabsichtigte Rücknahme der stufenweisen Erhöhung der Energiesteuer auf Biodiesel sowie Korrektur des Biokraftstoffquotengesetzes	Tauss, Jörg (SPD) Haltung der Bundesregierung zu den Bemühungen der Firma Microsoft zur Durchsetzung eines mit dem ODF konkurrierenden Standards; fehlende Übereinstimmung des Standards OOXML mit der von der Konferenz „Advancing eGovernment“ formulierten Definition des offenen Standards; Einführung des OOXML-Standards in der öffentlichen Verwaltung
22	28
Dr. Wissing, Volker (FDP) Entwicklung des Anteils der Bediensteten in Bundesministerien mit einem Einkommen im Bereich des Spitzensteuersatzes in Bezug auf die Gesamtzahl der dort Beschäftigten seit Beginn der 14. Legislaturperiode	Thiele, Carl-Ludwig (FDP) Kenntnis der Bundesregierung über wirtschaftliche Schwierigkeiten der Biodieselbranche sowie die Schließung von über 2 000 Biodieseltankstellen seit 1. August 2006
22	29
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	Wistuba, Engelbert (SPD) Haltung der Bundesregierung zum touristischen Querschnittsthema „Spirituelle(r) Tourismus“
Dreibus, Werner (DIE LINKE.) Geschätzte gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Preise (Inflation) und der Produktivität für die Jahre 2008 und 2009	30
25	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) Anzahl der Haushalte in den einzelnen Bundesländern ohne Anschlussmöglichkeit an das schnelle Internet bzw. Breitband
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) Geplante Maßnahmen auf sozial-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischem Gebiet im Jahr 2008 zur Stützung der Konjunktur und zur Stärkung des privaten Konsums . . .	32
25	

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	
Anrechnung einer entgeltfreien Monatskarte für den ÖPNV für ALG II- und Sozialgeld beziehende sowie unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallende Personen auf den ALG-II-Regelsatz	33
Von Kreisen und kreisfreien Städten (Stand 18. März 2008) beim Bundesverwaltungsamt eingereichte Anträge auf Zuwendungen im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi	
	34
Niebel, Dirk (FDP)	
Haltung der Bundesregierung zu den Kosten in Höhe von 400 000 Euro für das Mitarbeiterfernsehen der Bundesanstalt für Arbeit; Namen der neutralen Betreuer der Evaluation in der Pilotphase des Mitarbeiterfernsehens	37
Ramelow, Bodo (DIE LINKE.)	
Vorlage der Ergebnisse der Evaluierung des Optionsmodells (SGB II) sowie Verlängerung der Optionsmodelle, u. a. für die Kommune Jena	37
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
Binder, Karin (DIE LINKE.)	
Umfang der von der Bundesregierung (BMELV) in Auftrag gegebenen Studie zur Lebensmittelkennzeichnung	38
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	
Kosten der am 14. März 2008 gestarteten Umfrage des BMELV zur Nährwertkennzeichnung	39
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	
Claus, Roland (DIE LINKE.)	
Anzahl von Bundeswehroffizieren in verschiedenen Dienstgraden mit geleistetem Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee	39
Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Bundeswehrangehörigen hinsichtlich der Versorgung aufgrund einer Wehrdienstbeschädigung	40
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	
Status des Truppenübungsplatzes Lübtheen infolge der Definition „Truppenübungsplatz mit Übungsplatzvorrang“; Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Truppenübungsplätze der Bundeswehr durch das BMVg und hierbei vorgesehene Perspektive für Lübtheen	40
Pau, Petra (DIE LINKE.)	
Anzahl der verletzten und getöteten Soldaten des Kommandos Spezialkräfte bei Einsätzen in Afghanistan in den vergangenen Jahren	42
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
Lenke, Ina (FDP)	
Neuregelung der Schwangerschaftsschutzmaßnahmen für selbständig tätige Zahnärztinnen	42
Geplanter Abbau der Benachteiligung von privat-gewerblichen gegenüber frei-gemeinnützigen Kinderbetreuungseinrichtungen, u. a. mit Hilfe des Kinderförderungsgesetzes	44
Pau, Petra (DIE LINKE.)	
Anzahl der im Jahr 2007 indizierten rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Schriften, Bücher, CDs, Filme/DVDs und Tonträger	45

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	
Bahr, Daniel (Münster) (FDP) Datenbasis und Bezugszeitraum für das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Gutachten zu den Auswirkungen der Übergangsregelung bei Einführung des Gesundheitsfonds gemäß § 272 Abs. 4 SGB V; korrekte Ermittlung der Auswirkungen auf die Krankenkassen in den einzelnen Bundesländern für den Gesundheitsfonds und den bundesweit einheitlichen Beitragssatz im Jahr 2009	53
Manzewski, Dirk (SPD) Haltung der Bundesregierung zu den in der ARD-Sendung „plusminus“ am 5. Februar 2008 behaupteten Zahlen in Bezug auf eine steigende Anzahl von Betrugsfällen im Gesundheitswesen	54
Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU) Haltung der Bundesregierung zur derzeit geltenden Gesetzeslage gemäß § 95 Abs. 7 Satz 3 SGB V bezüglich dem Ende der Zulassung für einen Vertragsarzt mit Vollendung des 68. Lebensjahres vor dem Hintergrund des aktuellen Ärztemangels, gerade in ländlichen Gebieten, der Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung und der damit verbundenen Leistungsfähigkeit sowie der Anhebung des Renteneintrittsalters in der gesetzlichen Rentenversicherung	56
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	
Burgbacher, Ernst (FDP) Einsatz der Bundesregierung für die Interessen der deutschen Bustouristik, der Omnibusunternehmer und der dort beschäftigten Arbeitnehmer angesichts der Forderung nach Wiedereinführung der sog. 12-Tage-Regelung im Vorfeld der Tagung des europäischen Verkehrsministerrates am 7. und 8. April 2008	57
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) Verhinderung der Erhebung von Gebühren durch die DB AG für die Präsentation der Ausstellung „Zug der Erinnerung“ auf den Bahnhöfen	57
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.) Zahl der seit dem 1. Januar 2006 pro Monat mit Partikelminderungssystemen (PMS) nachgerüsteten Diesel-Pkw sowie Kenntnis der Bundesregierung über wirtschaftliche Schwierigkeiten einiger PMS-Hersteller infolge des Einbaus nicht-funktionsfähiger PMS	58
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorlage des mehrfach von den Koalitionsfraktionen erwähnten Konzepts zur Wohngelderhöhung aus dem BMVBS vom 22. Februar 2008 als Entwurf oder Bundestagsdrucksache im Bundestag	58
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berücksichtigung der Ansprüche des Schienengüterverkehrs sowie des Schienenpersonennah- und des -fernverkehrs in der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zwischen Bund und DB AG; Finanzierung der Reaktivierung zweigleisiger Abschnitte oder von Überholgleisen sowie Anforderungen an die DB Netz AG zur Anbindung von (Industrie-)Anschlussgleisen im Rahmen der LuFV	59
Höhe der Sanierungskosten für die in den vergangenen zwei Jahren festgestellten baulichen Mängel an den Gebäuden des Bundes, der Botschaft in Washington, des Auswärtigen Amtes in Berlin, des Hauses der Geschichte in Bonn sowie des Sitzes des BMVBS in Berlin	59
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entwicklung des durchschnittlichen CO ₂ -Ausstoßes von in Deutschland zugelassenen Neuwagen seit 1995 sowie speziell von deutschen Herstellern produzierten Neuwagen	60

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung der Kostensteigerungen bei der Ortsumfahrung Ebersberg im Zuge der Bundesstraße 304 in Höhe von 12 Mio. Euro als einen unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedarf im Sinne von § 37 BHO	
61	
Geleistete Zugkilometer im Angebot des Schienenpersonenfernverkehrs der bundes-eigenen Deutschen Bahn AG im Jahr 2007 im Vergleich zu 1999	
61	
Kauch, Michael (FDP) Schriftliche Mitteilung des Bundesbeauf-tragten für den Datenschutz und die Infor-mationsfreiheit an die Energieversorgungs-unternehmen über die Zulässigkeit der Herausgabe des Gesamtenergieverbrauchs eines Gebäudes an den Eigentümer zur Erstellung eines Energiepasses ohne Zustimmung der Mieter nur bei mehr als drei Verbrauchseinheiten im Hause; Erlangung dieser bei drei Mietern not-wendigen Zustimmung für den Eigentümer bei unbekanntem Verzug oder Todesfall . . .	
62	
Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geplante Schutz- und Lenkungsmaß-nahmen für Wildtiere an der Autobahn 38 .	
63	
Michalk, Maria (CDU/CSU) Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Privatisierung der Deutschen Bahn AG hinsichtlich des Erhalts der zwei-sprachigen Beschilderung der Bahnhöfe in der Lausitz	
63	
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) Maßnahmen der Bundesregierung, auch auf EU- und internationaler Ebene, gegen eventuelle Mitnahmebeschränkungen für Behinderte im Flugreiseverkehr	
63	
Toncar, Florian (FDP) Ergebnisse der zugesagten weiteren Abstimmung mit der Stadt Böblingen im Zusammenhang mit dem Aus- und Neubau der Nordumfahrung Böblingen (Leibniz-straße)	
64	
	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Kurth, Undine (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorlage und Inhalt einer Verordnung zur bundesweiten Regelung der Verfüllung von Gruben
	65
	Meierhofer, Horst (FDP) Kenntnis des BMU über in den Medien berichtete Vorfälle bezüglich illegaler Müll-entsorgung in Kies- und Tongruben in mehreren Bundesländern sowie Gegen-maßnahmen des BMU; gesetzgeberischer Handlungsbedarf bei Bund und Ländern, auch auf Verordnungsebene, insbesondere bei der abfallrechtlichen Genehmigungs-grundlage
	65
	Müller, Carsten (Braunschweig) (CDU/CSU) Haltung der Bundesregierung zur derzeit aus Sicherheitsgründen angenommenen Lagerungsdauer für CO ₂ in geologischen Speichern von 1 000 bis 10 000 Jahren vor dem Hintergrund der Kenntnisse über das Nichtabbauen von CO ₂ durch Zeitablauf sowie Schlussfolgerungen für die zukünftige Energiegewinnung einschließlich lang-fristiger Endlagerungsmöglichkeiten und für den Klimaschutz
	67
	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Stand und Kosten des Rückbaus des Mehr-zweckforschungsreaktors im Forschungs-zentrum Karlsruhe
	69
	Niebel, Dirk (FDP) Gründe für die Ablehnung des Förder-antrags des Bundes türkisch-europäischer Unternehmer durch das Bundesinstitut für Berufsbildung und das BMBF
	71

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
<p>Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gründe für die Förderung des Forschungsprojektes „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ durch das BMBF sowie dessen Finanzierung 71</p> <p>Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Veröffentlichung der Ergebnisse des vom BMBF geförderten Forschungsprojektes „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ der BMBF-Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“ sowie Zusammenhang mit geplanten Gesetzesinitiativen zum Embryonenschutz 72</p> <p>Haltung der Bundesregierung zur Gewährung eines Preisnachlasses bei reproduktionsmedizinischen Behandlungen in Verbindung mit einer Eizellspende für die Forschung nach britischem Vorbild 73</p>	<p>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung</p> <p>Hänsel, Heike (DIE LINKE.) Haltung der Bundesregierung zur Verankerung verbindlicher sozialer Standards für Biomasseimporte im aktuellen Aushandlungsprozess von Nachhaltigkeitsstandards innerhalb des EU-Rates 74</p> <p>Königshaus, Hellmut (FDP) Zahl der im Ministerialbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung arbeitenden Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der KfW-Bankengruppe sowie rechtliche und finanzielle Grundlage dieser Tätigkeit 75</p>

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP) Über welches Medium und in welcher Funktion hat Bundesminister Dr. Thomas de Maizière seine Unterstützung für Helma Orosz bei der Kandidatur für das Dresdner Oberbürgermeisteramt geäußert (DRESDNER NEUSTE NACHRICHTEN, 14. März 2008, S. 15)?

2. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP) Wurde die entsprechende Pressemitteilung oder sonstige Verlautbarung auf dem Briefbogen der Bundesregierung oder über Organe oder technische Einrichtungen der Bundesregierung übermittelt, und geht aus der entsprechenden Verlautbarung eindeutig hervor, dass Bundesminister Dr. Thomas de Maizière seine Unterstützung nicht in seiner Eigenschaft als Regierungsmitglied bekundet?

**Antwort der Staatsministerin Hildegard Müller
vom 20. März 2008**

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet: Die Kandidatin der CDU für das Dresdner Oberbürgermeisteramt, Helma Orosz, hat für Unterstützer eine Homepage www.dresdnerstimmen.de eingerichtet. Über Parteigrenzen hinweg können sich hier Unterstützer für Helma Orosz äußern. Dr. Thomas de Maizière hat sich auf dieser Homepage als Privatperson und Bürger Dresdens geäußert.

3. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) Wie viele Beamte im gehobenen und höheren Dienst bzw. vergleichbare Angestellte sind im Bundeskanzleramt, den Bundesministerien sowie im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (jeweils inklusive Beauftragte der Bundesregierung) ausschließlich oder überwiegend mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betraut, und welche Personaletats werden dafür jeweils beansprucht?

**Antwort des Stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung und
stellvertretenden Leiters des Presse- und Informationsamtes der
Bundesregierung Dr. Thomas Steg
vom 20. März 2008**

Die Anzahl der Beamtinnen und Beamten im gehobenen und höheren Dienst bzw. vergleichbarer Tarifbeschäftigter im Bundeskanzleramt und in den Bundesministerien (inklusive Beauftragte der Bundesregie-

rung), die ausschließlich oder überwiegend mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betraut sind sowie die Höhe der jeweiligen Personaletats, die für diese Aufgaben beansprucht werden, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Ressort	Anzahl der Presse- und ÖA-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen und höheren Dienst zum 01. 01. 2008	Personaletat gehobener und höherer Dienst für den Bereich Presse- und ÖA auf der Basis der Personalkostensätze des BMF / Stand 01. 01. 2008
BMAS	20	1 086 499 €
AA	23*	1 939 122 €*
BMI	13	913 968 €
BMJ	8	570 072 €
BMF	16	912 719 €
BMWi	11	606 000 €
BMELV	7	386 523 €
BMVg	15	862 585 €
BMFSFJ	14	942 041 €
BMG	13,6	877 087 €
BMVBS	13,25	934 000 €
BMU	16	1 034 000 €
BMBF	13	445 747 €
BMZ	6	423 600 €
BK	4	279 850 €
BKM	1	85 000 €
Integrationsbeauftragte	3	163 222 €

* Ohne „Deutschlandbild im Ausland“.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) ist, so ist es in der Vorbemerkung zum Haushalt des Amtes festgelegt, zuständig für die Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Medien über die Politik der Bundesregierung. Zudem hat das BPA den Bundespräsidenten und die Bundesregierung aus dem gesamten Nachrichtenbereich laufend zu unterrichten. Zu seinen Aufgaben gehört die Erforschung und Darstellung der öffentlichen Meinung als Entscheidungshilfen für die politische Arbeit der Bundesregierung. Es koordiniert seine ressortübergreifende Öffentlichkeitsarbeit und die ressortbezogene Öffentlichkeitsarbeit der Bundesministerien bei Maßnahmen, die Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung betreffen. Das BPA ist auch für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für

den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zuständig.

Da die Arbeitsprozesse im BPA auf verschiedene Weise den vorgenannten Zielen dienen, lässt sich die Gesamtzahl der ausschließlich oder überwiegend für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Beschäftigten nicht trennscharf ermitteln. Dies vorausgeschickt beträgt die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen und höheren Dienst zum 1. Januar 2008 insgesamt 305 Personen. Der Personaletat für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen und höheren Dienst auf der Basis der Personalkostensätze des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) zum 1. Januar 2008 beträgt 22 060 124 Euro.

4. Abgeordneter **Hans-Joachim Otto (Frankfurt)** (FDP) Wie hoch sind die Etats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskanzleramt, den Bundesministerien sowie im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (jeweils inklusive Beauftragte der Bundesregierung), und wie haben sich diese im Vergleich zu der vorangegangenen (15.) Wahlperiode verändert?

Antwort des Stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung und stellvertretenden Leiters des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Thomas Steg vom 20. März 2008

Der folgenden Tabelle sind für den laufenden Haushalt 2008 die Soll-Ansätze der jeweiligen Etats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bundeskanzleramt, den Bundesministerien sowie dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (jeweils inklusive Beauftragte der Bundesregierung) zu entnehmen. Gegenübergestellt werden die jeweiligen Soll-Ansätze bzw. Ist-Ausgaben des letzten Haushaltsjahres 2005 der 15. Legislaturperiode.

Ressort <i>(ohne nachgeordnete Einrichtungen; inkl. Beauftragter der BReg soweit sie im jeweiligen Einzelplan vorhanden sind)</i>	Etat für PÖA (Haushalts-Funktionsziffer-013)		
	2005		2008
	<u>Soll</u>	<u>Ist</u>	<u>Soll</u>
BMAS	Keine Angaben Ministerium wurde am 01. 01. 2006 neu gegründet		11 420 000 €
AA	767 000 €*	776 000 €*	767 000 €*
BMI	644 000 €	463 000 €	387 000 €
BMJ	183 000 €	171 000 €	138 000 €
BMF	7 069 000 €	7 017 000 €	5 869 000 €
BMWi	14 950 000 €	14 536 000 €	7 020 000€¹
BMELV	1 350 000 €	1 097 525 €	1 350 000 €
BMVg	2 800 000 €	2 776 000 €	2 800 000 €
BMFSFJ	115 000 €	109 040,38 €	115 000 €
BMG	14 800 000 €	14 800 000 €	8 808 000 €²
BMVBS	1 273 000 €	1 001 000 €	1 108 000 €
BMU	159 000 €	127 352 €	159 000 €
BMBF	383 000 €	138 000 €	370 000 €
BMZ	900 000 €	720 000 €	900 000 €
BK	0 € (kein ÖA-Titel)	0 € (kein ÖA-Titel)	0 € (kein ÖA-Titel)
BKM	25 000 €	25 000 €	25 000 €
Integrationsbeauftragte	174 000 €	174 000 €	254 000 €
BPA	19 000 000 €	18 153 372 €	20 000 000 €

* Ohne „Deutschlandbild im Ausland“.

1 Nach Übergang des Bereiches Arbeit zum BMAS.

2 Nach Übergang des Bereiches Soziales zum BMAS.

Bei der Betrachtung der genannten Summen der Etats für Öffentlichkeitsarbeit in 2008 ist der Beschluss des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Ausbringung einer sog. Globalen Minderausgabe (GMA) im Bundeshaushalt bei Kapitel 60 02 Titel 972 04 in Höhe von insgesamt 8 062 000 Euro (ca. 10 Prozent der Soll-Ansätze 2008) zu berücksichtigen; in dem Haushaltsführungsschreiben 2008 des BMF vom 20. Dezember 2007 (Nummer 1.9) wurde die GMA wie folgt auf die einzelnen Kapitel und Haushaltstitel mit der Funktionsziffer –013 (Öffentlichkeitsarbeit) aufgeteilt:

Einzelplan / Kapitel	Haushaltstitel	Bezeichnung	Anteil GMA in €
0403	542 01	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	–1 900 613
0405	542 01	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	–2 501
0409	542 01	Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	–25 408
0501	542 01	Auswärtiges Amt	–76 725
0502	542 01	Allgemeine Bewilligungen	–1 871 203
0601	542 01	Bundesministerium des Innern	–38 712
0608	542 01	Statistisches Bundesamt	–28 009
0612	542 01	Fachhochschule des Bundes	–500
0616	542 01	Bundesamt für Kartografie und Geodäsie	–400
0625	542 01	Bundespolizei	–17 806
0626	542 01	Beschaffungsamt des BMI	–400
0701	542 01	Bundesministerium der Justiz	–13 804
0703	542 01	Bundesgerichtshof	–200
0705	542 01	Bundesverwaltungsgericht	–300
0706	542 01	Bundesfinanzhof	–100
0710	542 01	Deutsches Patent- und Markenamt	–3 001

0801	542 01	Bundesministerium der Finanzen	-587 089
0901	542 01	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	-302 097
0902	541 01	Allgemeine Bewilligungen	-400 129
0903	542 01	<i>Physikalisch-Technische Bundesanstalt</i>	-5 002
0906	542 01	<i>Bundesagentur für Außenwirtschaft</i>	-1 400
0907	542 01	<i>Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung</i>	-5 002
0909	542 01	<i>Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe</i>	-2 001
1001	542 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	-135 044
1101	541 01	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	-100 032
1102	542 01		-980 316
	542 11	Allgemeine Bewilligungen	-16 005
	542 51		-46 015
1201	542 01	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	-110 836
1401	542 01	Bundesministerium der Verteidigung	-280 090
1501	531 01	Bundesministerium für Gesundheit	-244 879
	542 01		-636 205
	542 51		-6 702
	542 91		-14 505
1601	542 01	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	-15 906
	542 31	<i>Bundesamt für Strahlenschutz</i>	-7 302
1701	542 01	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	-11 504
	542 01	<i>Antidiskriminierungsstelle des Bundes</i>	-42 514
2001	542 01	Bundesrechnungshof	-4 702
2301	542 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	-90 029
3001	542 01	Bundesministerium für Bildung und Forschung	-37 012
		Summe	-8 062 000

5. Abgeordneter
**Frank
Schäffler**
(FDP)

Ist die Antwort der Bundesregierung auf Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP, wonach der Bundesregierung bei der Fortentwicklung des Regierungsprogramms zum Bürokratieabbau daran gelegen sei, auch mit den „Sozialversicherungsträgern und Selbstverwaltungskörperschaften ins Gespräch zu kommen“ (Bundestagsdrucksache 16/8025), so zu verstehen, dass die von den Sozialversicherungsträgern und Selbstverwaltungskörperschaften erzeugten bürokratischen Belastungen bisher nicht gemessen worden sind, und inwieweit hält die Bundesregie-

zung eine solche Praxis für vereinbar mit dem klaren Wortlaut des § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKRK), wonach Informationspflichten auch aufgrund von Satzungen bestehende Verpflichtungen sind?

**Antwort der Staatsministerin Hildegard Müller
vom 19. März 2008**

Die Messung der Bürokratiekosten aus Informationspflichten der Wirtschaft ist noch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung hat in ihrem Methodenhandbuch zur Einführung des Standardkosten-Modells (SKM) vom 17. August 2006 festgelegt, in einem ersten Schritt Bundesgesetze und Rechtsverordnungen auf Informationspflichten zu untersuchen (Einführung des Standardkosten-Modells-Methodenhandbuch der Bundesregierung, S. 12).

Dahinter stand die Absicht, zunächst diejenigen Informationspflichten zu identifizieren und zu messen, auf deren Ausgestaltung die Bundesregierung unmittelbar Einfluss nehmen und somit zeitnah Vereinfachungsmaßnahmen umsetzen kann. Sofern Informationspflichten aus Gesetzen oder Rechtsverordnungen des Bundes durch Regelungen der Sozialversicherungsträger bzw. Selbstverwaltungskörperschaften lediglich konkretisiert werden, sind die betreffenden Pflichten in der SKM-Datenbank erfasst. Diese Informationspflichten sind daher bereits Bestandteil des SKM-Verfahrens.

Informationspflichten, die auf originäre Regelungsakte der Sozialversicherungsträger bzw. Selbstverwaltungskörperschaften zurückgehen, können wegen der hierzu notwendigen Sachkenntnis nur von diesen identifiziert und einer Messung zugeführt sowie auf Vereinfachungspotenzial überprüft werden. Dieses Rollenverständnis ist Ausdruck der Selbstverwaltungsautonomie, die die Bundesregierung zu respektieren hat. Die Sozialversicherungsträger bzw. Selbstverwaltungskörperschaften sind aufgrund ihrer Erlass- und Vollzugsverantwortung daher sowohl für die Ressorts als auch für den Nationalen Normenkontrollrat wertvolle Partner bei der Bewertung der Frage, wann eine Informationspflicht (und die damit verbundenen Kosten) notwendig ist und wann es sinnvollere oder kostengünstigere Alternativen gibt.

Bundesregierung und Nationaler Normenkontrollrat haben am 28. Februar 2008 hochrangigen Vertretern der Sozialversicherungsträger und Selbstverwaltungskörperschaften das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ sowie die Rolle des Nationalen Normenkontrollrates bei der Umsetzung dieses Programms erläutert und das weitere Vorgehen erörtert. Ziel ist es, gemeinsam mit Sozialversicherungsträgern und Selbstverwaltungskörperschaften das Regierungsprogramm im Dialog umzusetzen und zu entwickeln.

6. Abgeordneter **Frank Schäffler** (FDP) Trifft es zu, dass die Bundesregierung bisher alle diejenigen Bürokratiekosten nicht misst, welche nicht unmittelbar dem jeweiligen Wortlaut der Rechtsnorm zu entnehmen sind, son-

dern erst durch Auslegung etwa in Rechtsprechung, Literatur und Verwaltungspraxis entstanden sind, und inwieweit hält die Bundesregierung die Nichtberücksichtigung solcher Bürokratiekosten mit § 2 Abs. 3 NKRG für vereinbar, wonach bei der erstmaligen Ermittlung der Bürokratiekosten alle Kosten zu berücksichtigen sind, die auf Bundesrecht beruhen?

**Antwort der Staatsministerin Hildegard Müller
vom 19. März 2008**

Die Bundesregierung legt bei der Erfassung und Messung der Bürokratiekosten die Legaldefinition aus § 2 Abs. 1 NKRG zugrunde.

Hiernach sind „Bürokratiekosten im Sinne des NKRG [...] solche, die natürlichen oder juristischen Personen durch Informationspflichten entstehen. Informationspflichten sind auf Grund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln. Andere durch Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift entstehende Kosten sind nicht umfasst.“

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordneter
**Alexander
Bonde**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf dem NATO-Gipfel in Bukarest Dokumenten oder Erklärungen zuzustimmen, in denen die Stationierung von Teilen des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Europa begrüßt oder zustimmend zur Kenntnis genommen wird, und wenn ja, aus welchen Erwägungen?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler
vom 25. März 2008**

Die Staats- und Regierungschefs der NATO-Bündnispartner werden auf dem bevorstehenden Gipfel in Bukarest Entscheidungen zu einer Reihe von Fragen auf konsensueller Grundlage treffen. Der Verhandlungsprozess zur Vorbereitung der dafür erforderlichen Dokumente ist noch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung beteiligt sich an diesen Arbeiten unter Berücksichtigung von nationalen Interessen und der Bündnissolidarität.

8. Abgeordneter
**Harald
Leibrecht**
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass es in Tibet seit mehreren Tagen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der tibetischen Bevölkerung und chinesischen Sicherheitsbehörden kommt, und was gedenkt sie bezüglich dieser Vorkommnisse zu unternehmen?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler
vom 27. März 2008**

Sowohl die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als auch der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier haben unmittelbar nach Bekanntwerden der Zwischenfälle am 14. und 15. März 2008 sowie seitdem mehrfach die Besorgnis der Bundesregierung über die jüngsten Entwicklungen in Tibet zum Ausdruck gebracht.

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier hat zudem in zwei Telefonaten am 16. und 25. März 2008 gegenüber seinem chinesischen Amtskollegen darauf gedrängt, größtmögliche Transparenz hinsichtlich der Ereignisse in Tibet herzustellen. Er hat seine Erwartung ausgedrückt, dass der Gewalt schnellstmöglich ein Ende bereitet wird und sich die Situation beruhigt. In diesem Zusammenhang rief er auch dazu auf, Lösungswege im Dialog zu suchen.

Auch die EU hat bei verschiedenen Gelegenheiten gegenüber der chinesischen Regierung diese Linie vertreten.

9. Abgeordneter
**Carsten
Müller**
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Bewerbung des Bremer Innensensors Willi Lemke (SPD) für die Position des UNO-Sonderberaters für Sport, Frieden und Entwicklung, und wie rechtfertigt die Bundesregierung insbesondere die im Raum stehende Unterstützung dieser UNO-Position mit rund 0,5 Mio. Euro pro Jahr aus Haushaltsmitteln (DER SPIEGEL Nr. 10, 3. März 2008, „Teurer Sonderberater“)?

**Antwort des Staatsministers Dr. h. c. Gernot Erler
vom 25. März 2008**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat – aufgrund eines entsprechenden Vorschlags der Bundesregierung – am 18. März 2008 die Ernennung von Willi Lemke zu seinem Sonderberater für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung bekannt gegeben.

Die Bundesregierung verspricht sich von der Ernennung eines Deutschen in diesem Amt, das im Weltsport hohe Profil der Bundesrepublik Deutschland weiter zu erhöhen. Willi Lemke als Mann des Sports und erfahrener Politiker wird den Generalsekretär der Vereinten Nationen im Verhältnis zu den Spitzenorganisationen des Sports vertreten und für den Generalsekretär den Beitrag des Sports zu den friedenserhaltenden und entwicklungspolitischen Maßnahmen der Vereinten Nationen konzipieren. Den Beitrag, den der Sport gerade

im Bereich Konfliktprävention, Stärkung sozialer Kohäsion und Annäherung zwischen Bevölkerungsgruppen leisten kann, findet in den letzten Jahren zunehmend Anerkennung. Sportprogramme haben sich als effektiver Beitrag zu innenpolitischer Stabilisierung und sozialer Integration nach Konflikten in fragilen Staaten erwiesen.

Die beabsichtigte finanzielle Unterstützung des Büros des Sonderberaters ist damit eine geeignete und für die internationale Staatengemeinschaft sichtbare Maßnahme auf dem Gebiet der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung. Dementsprechend hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner 64. Sitzung am 5. März 2008 mit großer Mehrheit seine Einwilligung zur Entsperrung der entsprechenden Haushaltsmittel erteilt. Auch die Schweiz, aus der der Amtsvorgänger von Willi Lemke stammte, hatte das Büro in ähnlicher Weise unterstützt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woraus ist dem Schreiben des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 17. Dezember 2007 an die Innenministerien und -senatsverwaltungen der Länder zum Inkrafttreten der neuen „Readmission Policy“ am 1. Januar 2008 zu entnehmen, dass im Falle von Rückführungen von Kosovo-Serbinnen und -Serben bzw. Kosovo-Albanerinnen und -Albanern in Minderheitensituationen im Kosovo Rückführungsverbote, vergleichbar mit dem explizit genannten Rückführungsverbot für nicht straffällige Roma, gemacht werden sollen, und beabsichtigt das BMI, diese Rückführungsverbote in einem klarstellenden Schreiben explizit den Ländern zur Kenntnis zu geben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 18. März 2008

Im Rahmen der Unterrichtung der Innenministerien und -senatsverwaltungen der Länder mit Schreiben vom 17. Dezember 2007 zum Inkrafttreten der seit 1. Januar 2008 gültigen „Readmission Policy“ der UNMIK führte das Bundesministerium des Innern unter Nummer 2 aus, dass zwar nunmehr künftig nur noch die Herkunft aus dem Kosovo für die Frage der Rückführbarkeit eines ausreisepflichtigen Kosovaren maßgebend sei, sich aber UNMIK weiterhin dem UNHCR-Positionspapier verpflichtet sehe. Demnach bleibt es zunächst bei einem grundsätzlichen Rückführungsverbot für Roma (mit Ausnahme besonders schwerer Straftäter).

Das in Rede stehende UNHCR-Positionspapier datiert vom Juni 2006. Darin wird in Kapitel IV (Personen mit besonderem Schutzbedürfnis) Punkt 24 für Minderheitenangehörige der Roma, Kosovo-

Serben und Kosovo-Albaner in einer Minderheitensituation das Fortbestehen eines besonderen Schutzbedürfnisses bekräftigt.

Mit dem allgemeinen Verweis auf die fortdauernde Anwendung des Papiers durch UNMIK sieht das Bundesministerium des Innern auch die Angehörigen der Kosovo-Serben und Kosovo-Albaner in einer Minderheitensituation konkludent erfasst. Bei dem Adressatenkreis des Schreibens handelt es sich um kundige Fachleute im Bereich Rückführung, denen dieser Zusammenhang nicht nochmals explizit erläutert zu werden brauchte.

Die Nennung der Gruppe der Roma erfolgte, da Kosovo-Serben und Kosovo-Albaner in Minderheitensituationen im Gegensatz zu Roma unter bestimmten Voraussetzungen von UNMIK zur Rückführung akzeptiert werden. Dabei gilt der Grundsatz, dass Angehörige dieser beiden Gruppen dann rückführbar sind, wenn sie sich bei Rückkehr an ihren letzten kosovarischen Wohnort in keiner Minderheitensituation befinden.

Aus den genannten Gründen beabsichtigt das Bundesministerium des Innern nicht, den Ländern diesen Sachverhalt in einem klarstellenden Schreiben zur Kenntnis zu geben.

11. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung auf ein Schreiben des A. G. vom 6. Februar 2008, das die Erleichterung von Einbürgerungen ehemaliger NS-Opfer problematisiert, zu antworten, und wie beurteilt sie dieses Anliegen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Hans Bernhard Beus
vom 20. März 2008**

Das Bundesministerium des Innern hat mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Christoph Bergner vom 13. März 2008 dem Betroffenen geantwortet. Ihm wurde die Prüfung seines Anliegens bei der Überarbeitung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zugesagt. Der Betroffene wurde auch darauf aufmerksam gemacht, dass es bereits nach geltendem Recht für den genannten Personenkreis zahlreiche Einbürgerungserleichterungen gibt.

12. Abgeordneter
Patrick Döring
(FDP)
- Für welche Amtshandlungen können neben der Deckung des Personal- und Sachaufwandes nach geltendem Bundesrecht auch die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder ein sonstiger Nutzen dieser Amtshandlung für den Gebührenschuldner bei der Festsetzung der Gebühr berücksichtigt werden (bitte auch unter Angabe der jeweiligen Verwaltungsvorschrift), und wie hoch ist in absoluten oder relativen Zahlen der mögliche „Nutzen-Aufschlag“ für die jeweilige Gebühr?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Ein Verzeichnis der Gebührentatbestände des Bundes in ihrer Gesamtheit, das Voraussetzung der Beantwortung der Frage nach der Ausgestaltung dieser Regelungen im Einzelnen ist, gibt es bislang in Deutschland nicht. Da nach der Systematik des Verwaltungskostenrechts nur die allgemeinen Grundsätze des Gebührenrechts für die Behörden des Bundes zentral im Verwaltungskostengesetz geregelt sind, während die einzelnen Gebührentatbestände und Gebührensätze in den jeweiligen Fachgesetzen des Bundes und den Rechtsverordnungen dazu enthalten sind, müssten die diesbezüglichen Angaben in den jeweils zuständigen Fachressorts mit entsprechend hohem Aufwand gesondert ermittelt werden. Insoweit können wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine gesicherten Angaben zur Beantwortung der Frage gemacht werden.

Das für das Verwaltungsgebührenrecht federführende Bundesministerium des Innern erarbeitet jedoch derzeit unter Einbindung der Bundesressorts und des Bundesrechnungshofes eine Gesamtübersicht über Gesetze und Verordnungen des Bundes mit Gebühren- und Auslagenregelungen im Geltungsbereich des Verwaltungskostengesetzes. Die Anlegung und Fortschreibung dieses zentralen Verzeichnisses soll neben der Modernisierung der gesetzlichen Grundlagen des geltenden Gebührenrechts auch dazu beitragen, die Berechnung der Gebühren in ihrer Gesamtheit transparenter und übersichtlicher zu gestalten. Zugleich wird damit die Grundlage zur Beantwortung von Detailfragen zu den gebührenrechtlichen Vorschriften des Bundes geschaffen.

13. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkung auf die Entwicklung der Kaufkraft der Bundesbeschäftigten hätte die Verwirklichung der vom Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, dem Verhandlungsführer des Arbeitgebers Bund, in der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes angebotenen Lohnerhöhung von 5 Prozent (verteilt auf zwei Jahre)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning
vom 26. März 2008**

Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber im Verhandlungstermin am 24. Januar 2008 eine Entgelterhöhung von insgesamt 5 Prozent angeboten. Die Entgelte sollen danach um 2,5 Prozent im Februar 2008, um 1,5 Prozent im Oktober 2008 und um 1 Prozent im März 2009 erhöht werden. Von den Entgeltsteigerungen sind sowohl im Jahr 2008 als auch im Jahr 2009 jeweils 0,5 Prozent für einen weiteren Ausbau der Leistungsbezahlung vorgesehen.

Die angebotene Entgelterhöhung würde – in Abhängigkeit von verschiedenen individuellen Faktoren – zu einer Erhöhung der Kaufkraft der Tarifbeschäftigten des Bundes führen.

14. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkung auf die Entwicklung der Stundenlöhne der Bundesbeschäftigten hätte die Verwirklichung der vom Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, in der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes geforderten Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning
vom 26. März 2008**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Bund erhalten keine Stundenlöhne, sondern ein monatliches Entgelt sowie eine Jahressonderzahlung. Die Verlängerung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit hätte keine Auswirkung auf die Höhe des Entgelts. Die Erhöhung der Arbeitszeit soll dazu dienen, die hohe Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit staatlicher Leistungen aufrechtzuerhalten.

15. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen mit einer Duldung waren zum 31. Dezember 2007 im Ausländerzentralregister erfasst (bitte nach Bundesländern und den zehn größten Herkunftsstaaten auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Ich verweise auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 16/8321.

16. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele der im Ausländerzentralregister erfassten Personen mit serbisch-montenegrinischer bzw. serbischer Staatsangehörigkeit sind nun mutmaßlich Staatsangehörige der „Republik Kosovo“, und was wird unternommen, um entsprechende Feststellungen schnell treffen zu können (bitte auch Schätzungen, Auflisten nach Aufenthaltstiteln)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Hierzu liegen keine Daten oder Schätzungen vor, da im Ausländerzentralregister (AZR) eine Staatsangehörigkeit „Kosovo“ bisher nicht gespeichert wird.

Erfahrungen bei neu im AZR erfassten Staaten zeigen, dass die Umschreibung bei als aufhältig erfassten Ausländern im AZR von einer bisherigen auf eine neue Staatsangehörigkeit ein länger andauernder Prozess ist, da die für die Meldung zuständigen Ausländerbehörden diese Information nur anlassbezogen, d. h. in der Regel anlässlich

einer routinemäßigen Vorsprache des Ausländers bei der Ausländerbehörde, erheben und an das AZR melden. Etwaige Änderungen dieser Verfahrensweise sind nach hiesiger Kenntnis nicht vorgesehen.

17. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)
- Inwiefern hat sich die durch Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden ermittelte Bedrohungslage gegen die britische Botschaft in der Berliner Wilhelmstraße (Berlin-Mitte) seit der Entscheidung zur Vollsperrung der Wilhelmstraße verändert?
18. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)
- Welche alternativen Möglichkeiten zur Vollsperrung bestehen aus Sicht der Bundesregierung, um die britische Botschaft in der Berliner Wilhelmstraße zu schützen (z. B. einspurige Durchfahrmöglichkeit bei Verstärkung der Bausubstanz)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 19. März 2008

Der personelle und materielle Objektschutz ausländischer Botschaften in Deutschland fällt in die Zuständigkeit des jeweiligen Bundeslandes.

Verantwortlich für die Schutzmaßnahmen an der britischen Botschaft in Berlin ist die Senatsverwaltung für Inneres und Sport bzw. der Polizeipräsident in Berlin als nachgeordnete Behörde.

Diese treffen auch die Lagebeurteilung für die Durchführung und Ausgestaltung der Maßnahmen an der britischen Botschaft.

19. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(fraktionslos)
- Ist der Beschluss der dritten Deutschen Islamkonferenz vom 13. März 2008, wonach künftig ein islamischer Religionsunterricht eingeführt werden soll, für die Gesetzgebung der Länder bindend?

Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning vom 25. März 2008

Der Beschluss ist Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens der in der Deutschen Islamkonferenz vertretenen Länder und des Bundes, unter den in dem Beschluss genannten Voraussetzungen einen bekenntnisgebundenen Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler einzuführen.

20. Abgeordneter
**Henry
Nitzsche**
(fraktionslos)
- Welche Kosten prognostiziert die Bundesregierung für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. August Hanning
vom 25. März 2008**

Kostenschätzungen zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts liegen – soweit hier bekannt – bisher nicht vor.

21. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks (THW) waren in den Jahren 2007 und 2008 in Afghanistan tätig, und welche Aufgaben haben sie für das THW ausgeführt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

In 2007 waren insgesamt zehn Mitarbeiter in Afghanistan bei Bauprojekten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern tätig, davon

- zwei Head of Missions,
- drei Bauleiter,
- zwei Financial Administrator (Haushälter),
- zwei Fachberater und
- ein Logistiker.

Einzigste Maßnahme in 2008 ist die derzeit mit zwei Fachberatern stattfindende sog. Fact-Finding-Mission im Bereich des Katastrophenschutzes. Die Mission dient dem Ziel, Möglichkeiten zur Unterstützung beim Aufbau von Katastrophenschutzstrukturen in Afghanistan zu erkunden.

22. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise arbeitet das THW als eine der an der Reform des Sicherheitssektors beteiligten Organisationen mit NATO/ISAF und den PRT-Führungsnationen und Polizeikräften, einschließlich der US-amerikanischen, zusammen, und welche Gremien stützen diese Zusammenarbeit organisatorisch ab (z. B. IPCB u. Ä.)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Das Technische Hilfswerk war von Anfang 2002 bis Ende 2007 in die deutsche Aufbauhilfe für die Polizei in Afghanistan eingebunden. Es unterhielt in Kabul ein Büro und unterstützte den polizeilichen Wiederaufbau in baufachlicher Hinsicht.

Zu den Aufgaben des THW gehörten die Durchführung von Erkundungen und Projektplanungen, die Ausschreibung und Vergabe von Bauprojekten, die bautechnische Überwachung der Bauprojekte, deren Qualitätskontrolle und finanztechnische Abrechnung sowie das Berichtswesen und das Monitoring.

An der „Reform des Sicherheitssektors“ war das THW nicht beteiligt.

23. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Welche detaillierten Kenntnisse konnten aus der Evaluation der Umsetzung der Neuorganisation der Bundespolizei vom 1. März 2008 gewonnen werden (vgl. „Neuorganisation der Bundespolizei“, BMI, 3. März 2008)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Ausweislich des zitierten BMI-Artikels vom 3. März 2008 aus dem Internetauftritt und wie vom Innenausschuss des Deutschen Bundestages in der Sitzung am 14. Januar 2008 beschlossen, sind die Umsetzung und die Ergebnisse der Neuorganisation zu evaluieren und hierzu bis zum 1. März 2010 dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages zu berichten. Deshalb können hierzu derzeit keine Aussagen gemacht werden.

24. Abgeordneter
**Carl-Ludwig
Thiele**
(FDP)
- Wie viele von deutschen Behörden genutzte Notebooks und Computer wurden seit dem Jahr 2005 verloren oder sind unauffindbar?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Soweit dies in der Kürze der Zeit feststellbar war, sind seit dem Jahr 2005 in Bundesbehörden insgesamt rund 500 Geräte gestohlen worden, verloren gegangen oder unauffindbar.

25. Abgeordneter
**Carl-Ludwig
Thiele**
(FDP)
- Um welche Behörden handelt es sich dabei im Einzelnen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 14. März 2008**

Angesichts der großen Anzahl von in der Bundesverwaltung insgesamt und in jeder Behörde vorhandenen Geräten (Notebooks/Computer) sind, soweit dies in der Kürze der Zeit feststellbar war, die meisten Bundesbehörden betroffen.

26. Abgeordneter
**Josef Philip
Winkler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, dass die im Einzelplan 06 des Bundeshaushalts (Kapitel 06 33 Titel 684 04) im Projektförderbereich „Maßnahmen für die muslimische Bevölkerung“ eingestellten Mittel für die niedrigschwelligen Kursangebote zur Integration ausländischer Frauen für das Jahr 2008 nicht nur gegenüber dem Jahr 2007 von 1,6 Mio. Euro auf 1,2 Mio. Euro gekürzt worden sind, sondern dass darüber hinaus beschlossen worden ist, dass die Trägervereine dieser Frauenkurse in diesem Jahr erstmals nicht mehr damit rechnen dürfen, zusätzlich sog. Restmittel zu erhalten, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Mittelkürzung?
27. Abgeordneter
**Josef Philip
Winkler**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, für das Jahr 2008 nachträglich zumindest noch die Zurverfügungstellung sog. Restmittel für diese Frauenkurse zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier
vom 19. März 2008**

Im Einzelplan 06 des Bundeshaushalts 2008 werden in Kapitel 06 33 Titel 684 04 Mittel des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Höhe von 18,895 Mio. Euro für „Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern“ ausgewiesen. Dieser Titelansatz wurde 2008 im Vergleich zu 2007 (18,88 Mio. Euro) nicht gekürzt.

Die Bundesregierung finanziert über das Bundesamt mit diesem Titel zahlreiche Förderbereiche zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderern. Das bewährte niedrigschwellige Kursangebot zur Integration ausländischer Frauen, das insbesondere Frauen muslimischen Glaubens einen ersten Zugang zu Integrationsmaßnahmen ermöglichen soll (Frauenkurse), wird hierbei mit Mitteln des Förderbereichs „Integration von Muslimen“ gefördert.

Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde für die „Integration von Muslimen“ sowohl 2007 wie auch 2008 1,8 Mio. Euro eingeplant. Eine Kürzung hat auch insoweit nicht stattgefunden.

Im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung sieht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jedoch einen erweiterten Förderbedarf auch für die Integration von Muslimen, der über die Frauenkurse hinausgeht und hat hierfür 0,3 Mio. Euro eingeplant.

Damit ist im Vergleich der Jahre 2007 und 2008 folgende Veränderung festzuhalten:

- 2007: Mittelzuweisung in Höhe von 1,5 Mio. Euro für die Zentralstellenträger (Arbeiterwohlfahrt, Internationaler Bund, Verein für kommunale Jugendarbeit, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und Spanische Weiterbildungsakademie e. V. – AEF) sowie 0,3 Mio. Euro für die freien Träger,
- 2008: Mittelzuweisung von 1,2 Mio. Euro für die Zentralstellenträger, 0,3 Mio. Euro für die freien Träger und 0,3 Mio. Euro für zusätzlich nachgefragte Integrationsprojekte für Muslime.

Die Träger des Zentralstellenverfahrens wurden darüber unterrichtet, dass sie zunächst sicher mit 1,2 Mio. Euro in 2008 rechnen können. Spielräume im Rahmen des Haushaltsvollzugs des Finanzrahmens können eine Erhöhung bis zur Jahresmitte 2008 ermöglichen. Den Trägern wurde daher auch für das Jahr 2008 eine Zuwendungserhöhung aus Restmitteln in Aussicht gestellt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

28. Abgeordneter
Dr. Volker Wissing
(FDP)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, an dem § 173 des Strafgesetzbuchs (StGB) in seiner jetzigen Fassung (Tatbestand und Strafandrohung) festzuhalten, und wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Anzahl der jährlichen Fälle, in denen Personen aufgrund des § 173 StGB zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, geändert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 14. März 2008

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, § 173 StGB zu ändern.

Die Verurteilungen zu Freiheitsstrafen gemäß § 173 StGB in den letzten fünf Jahren bitte ich der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Verurteilte gemäß § 173 StGB zu Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht
2002	5
2003	2
2004	4
2005	3
2006	2

Dabei ist zu beachten, dass die Strafverfolgungsstatistik lediglich die Verurteilungen nach dem schwersten Delikt ausweist. Soweit § 173 StGB in Tateinheit mit sexuellem Missbrauch von Schutzbefohlenen (§ 174 StGB) und/oder sexuellem Missbrauch von Kindern (§ 176 StGB) vorgelegen haben sollte, wäre eine Verurteilung unter diesen Straftatbeständen erfasst.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
Rainer Brüderle
(FDP)
- Lag im Fall des indirekten Bundesvermögens Deutsche Industriebank AG (IKB) der insolvenzrechtliche Eröffnungsgrund drohender Zahlungsunfähigkeit nach § 18 Abs. 1 und 2 der Insolvenzordnung vor, oder war die IKB in der Lage, jederzeit sämtliche Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen, bzw. ist die IKB erst durch die Zuführung von Bundesvermögen von mindestens 1,2 Mrd. Euro hierzu wieder in die Lage versetzt worden?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 17. März 2008

Das im Zusammenhang mit der Neubewertung des Portfolioinvestments der IKB notwendig gewordene Maßnahmenpaket hatte zum Ziel, die Kapitalmarktfähigkeit der IKB zu stärken. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen waren zur Abwendung der Insolvenz der IKB notwendig geworden (vgl. hierzu Ad-hoc-Mitteilung der IKB vom 13. Februar 2008). Daher hat der Bund der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe (KfW) ein bedingt rückzahlbares Darlehen von 1,2 Mrd. Euro zugesagt, um einen Beitrag zur Abdeckung der zu erwartenden Verluste zu leisten.

30. Abgeordneter
**Rainer
Brüderle**
(FDP)
- Welche Verlustannahmen der IKB für das Geschäftsjahr 2007/2008 liegen der Entscheidung der Zuführung neuer Fremd- und Eigenmittel des Bundes und der KfW an die IKB konkret zugrunde, und wie hoch ist das bilanzielle Eigen- und Grundkapital der IKB zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 17. März 2008**

Aussagen zu den Verlustannahmen können aufgrund der im Aktienrecht normierten Verschwiegenheitspflicht nicht getroffen werden. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang jedoch auf die Ad-hoc-Mitteilung des IKB vom 13. Februar 2008. Informationen zum gegenwärtigen bilanziellen Eigen- und Grundkapital können nicht gemacht werden, da der Geschäftsbericht 2006/2007 noch nicht veröffentlicht ist. Der Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2007/2008 wird frühestens 2009 veröffentlicht.

31. Abgeordneter
**Rainer
Brüderle**
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung einen Schadensersatzanspruch gegen Vorstandsmitglieder nach § 93 Abs. 2 des Aktiengesetzes vor dem Hintergrund gegeben, dass die Verlusterwartungen der IKB für das Geschäftsjahr 2007/2008 laut Presseberichten von vorher zwischen 700 und 750 Mio. Euro auf den jetzt geringeren Wert von 550 Mio. Euro angepasst wurden und unter dem Gesichtspunkt des gesunkenen Grundkapitals?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 17. März 2008**

Die KfW hat eine Anwaltskanzlei mit der Prüfung von Schadensersatzansprüchen gegen Organmitglieder beauftragt.

32. Abgeordneter
**Rainer
Brüderle**
(FDP)
- Lag bzw. liegt eine Pflicht des IKB-Vorstands zur unverzüglichen Einberufung der Hauptversammlung nach § 92 Abs. 1 des Aktiengesetzes vor?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 17. März 2008**

Die Bundesregierung ist nicht dazu berufen, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch die IKB zu überprüfen.

33. Abgeordneter
Bernd Heynemann
(CDU/CSU)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die in der Ausgabe Nr. 1/2008 der Zeitschrift „Der Stacheldraht“ gemachten Aussagen über die mit der Lückenhaftigkeit im Prüfungswesen der Finanzwirtschaft der ehemaligen DDR in Zusammenhang stehende Veruntreuung von Staats- und Parteivermögen, und was gedenkt die Bundesregierung über die in dem Artikel zitierte Antwort des Bundesministers der Finanzen in der Sache vom 25. Juni 2007 hinaus zu tun, um den Sachverhalt bezüglich des Verbleibs der genannten rund 21 Tonnen Gold zu klären?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 19. März 2008

Die Bundesregierung hat trotz intensiver Recherchen keine gesicherten Kenntnisse darüber erlangen können, ob sich am 3. Dezember 1989 tatsächlich 21,2 Tonnen Gold in der Berliner Zentrale für Kommerzielle Koordinierung (sog. KoKo-Zentrale) befanden und wo diese (falls dort vorhanden) sodann verblieben sind. Der Bundesregierung ist es daher nicht möglich, die damaligen Umstände unter strafrechtlichen Gesichtspunkten zu bewerten. Die Bundesregierung hat sich intensiv um die Aufklärung des Sachverhalts bemüht und sieht derzeit keinen erfolgversprechenden Ansatz für eine erneute Aufnahme von Recherchen.

34. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)
- Wie steht es um Ausschreibung und Verkauf der Liegenschaft Kladower Damm 299 in Berlin (ehemals Deutscher Entwicklungsdienst)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl vom 18. März 2008

Die Liegenschaft war bis Ende Januar 2008 in der regionalen und überregionalen Presse zum Verkauf inseriert. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben führt derzeit Verhandlungen mit den Bietern.

35. Abgeordneter
Markus Löning
(FDP)
- Was plant die Bundesregierung nach dem Auszug des Spandauer Bezirksamtes (Abteilung Soziales und Gesundheit) mit den Liegenschaften Hohenzollernring 15/16, Flankenschanze 46 (Berlin-Spandau)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 18. März 2008**

Die Liegenschaften werden nach dem Auszug des Spandauer Bezirksamtes in die Verkaufsplanung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben aufgenommen.

36. Abgeordneter
**Frank
Schäffler**
(FDP)
- Wurden auch bei der IKB – wie bei der SachsenLB in den Jahren 2004 und 2005 – Sonderprüfungen der außerbilanziellen Zweckgesellschaften durchgeführt, und wie bewertet die Bundesregierung dies?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 19. März 2008**

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat die Deloitte & Touche GmbH mit Schreiben vom 31. August 2005 beauftragt, eine Prüfung nach § 44 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) bei der IKB durchzuführen. Die Prüfung erstreckte sich auch auf eine stichprobenartige Prüfung der Werthaltigkeit von Investitionen in verbrieft ausländische Kreditengagements. Für die BaFin gilt nach § 9 KWG die Verschwiegenheitspflicht.

37. Abgeordneter
**Carl-Ludwig
Thiele**
(FDP)
- Falls ja, beabsichtigt die Bundesregierung, die stufenweise Erhöhung der Energiesteuer auf Biodiesel seit dem 1. August 2006 und das Biokraftstoffquotengesetz zu korrigieren bzw. zurückzunehmen? (Siehe Frage 49)

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Nicolette Kressl
vom 20. März 2008**

Die Bundesregierung plant derzeit keine Änderung der gesetzlichen Regelungen, da die zukünftige Förderung der Biokraftstoffe momentan innerhalb der Koalitionsfraktionen diskutiert wird.

38. Abgeordneter
**Dr. Volker
Wissing**
(FDP)
- Wie hat sich der Anteil (absolute und relative Angaben) der Bediensteten der Bundesministerien (Beamte und Angestellte), bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten der Bundesministerien seit Beginn der 14. Legislaturperiode, die einer Gehalts- bzw. Besoldungsstufe zugeordnet werden können, die einem Einkommen über der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz entspricht, verändert, und wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten in den einzelnen Bundesministerien, die einer Gehalts- bzw. Besoldungsstufe zugeordnet werden können, die einem Einkommen über der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz entspricht?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Axel Nawrath
vom 19. März 2008**

Die Angaben können der beigefügten Tabelle entnommen werden. Dabei mussten – der Kürze des Bearbeitungszeitraums geschuldet – pauschale Annahmen unterstellt werden (verheiratet, kein weiteres Einkommen, Ehegatte bezieht keine Arbeitseinkünfte, kein Anspruch auf Kindergeld); die tatsächlichen Verhältnisse können daher im Einzelfall abweichen.

Erfasst sind die bei den Bundesministerien im jeweiligen Haushalt ausgebrachten Planstellen und Stellen. Für die Bruttolohn Grenzen, ab denen der Spitzensteuersatz zu entrichten ist, wurde durchgängig die Steuerklasse III der besonderen Lohnsteuertabelle zugrunde gelegt und der Besoldung (Grundgehalt, Familienzuschlag Stufe 1, sog. Ministerialzulage, jährliche Sonderzahlungen, Urlaubsgeld) gemäß Bundesbesoldungsgesetz gegenübergestellt. Unter diesen Prämissen liegen im Jahr 1999 die Besoldungsgruppe B 11 und in 2003 die Besoldungsgruppen B 10 und B 11 über der Bruttolohn Grenze für den Spitzensteuersatz. Für das Jahr 2008 liegt die Bruttolohn Grenze oberhalb der höchsten Besoldungsgruppe B 11.

Kap.	Kurz- bezeichnung	1999			2003			2008		
		Bruttolohngrenze Steuerklasse III/ Steuertabelle bes.: 126.071,02 €			Bruttolohngrenze Steuerklasse III/ Steuertabelle bes.: 113.400,00 €			Bruttolohngrenze Steuerklasse III/ Steuertabelle bes.: 503.994,00 €		
		Stellensoll HH 1999 *	davon Bes.-Gr. B 11 und höher		Stellensoll HH 2003	davon Bes.-Gr. B 10 und höher		Stellensoll HH 2008	davon höher als Bes.-Gr. B 11	
			absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
0501	AA	2.001	2	0,10	2.105	2	0,10	1.941	0	0,00
0601	BMI	1.267	2	0,16	1.335	2	0,15	1.325	0	0,00
0701	BMJ	642	1	0,16	640	1	0,16	539	0	0,00
0801	BMF	2.179	3	0,14	2.108	3	0,14	1.848	0	0,00
0901	BMWi	1.639	2	0,12	1.829	4	0,22	1.477	0	0,00
1001	BMELV	919	1	0,11	937	1	0,11	858	0	0,00
1101	BMAS	943	2	0,21	0	0	0,00	866	0	0,00
1201	BMVBS	1.629	2	0,12	1.454	2	0,14	1.342	0	0,00
1401	BMVg	2.626	2	0,08	2.414	2	0,08	2.065	0	0,00
1501	BMG	507	1	0,20	996	2	0,20	491	0	0,00
1601	BMU	747	1	0,13	703	1	0,14	675	0	0,00
1701	BMFSFJ	429	1	0,23	426	1	0,23	399	0	0,00
2301	BMZ	534	1	0,19	547	1	0,18	537	0	0,00
3001	BMBF	941	1	0,11	887	2	0,23	804	0	0,00
	Summe	17.001	22	0,13	16.379	24	0,15	15.166	0	0,00

* Gerundet, ohne Planstellen für Soldatinnen und Soldaten sowie Ersatz(plan)stellen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

39. Abgeordneter
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.)
- Mit welcher gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Preise (Inflation) rechnet die Bundesregierung für die Jahre 2008 und 2009?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba
vom 19. März 2008**

In der Jahresprojektion 2008 vom Januar dieses Jahres projizierte die Bundesregierung einen Preisniveauanstieg, gemessen am Verbraucherpreisindex, in Höhe von 2,3 Prozent. Eine erste Einschätzung für das Jahr 2009 liegt noch nicht vor; sie erfolgt turnusgemäß im Zusammenhang mit der Frühjahrsprojektion im April 2008.

40. Abgeordneter
**Werner
Dreibus**
(DIE LINKE.)
- Mit welcher gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Produktivität rechnet die Bundesregierung für die Jahre 2008 und 2009?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba
vom 19. März 2008**

In der Jahresprojektion 2008 vom Januar dieses Jahres projizierte die Bundesregierung einen Produktivitätsanstieg in Höhe von 1 Prozent. Eine erste Einschätzung für das Jahr 2009 liegt noch nicht vor; sie erfolgt auch hier turnusgemäß im Zusammenhang mit der Frühjahrsprojektion im April 2008.

41. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen auf sozial-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischem Gebiet will die Bundesregierung im Jahr 2008 ergreifen, um – wie von namhaften Volkswirten gefordert – zur Stützung der Konjunktur den privaten Konsum in Gang zu bringen (vgl. Handelsblatt, 3. März 2008)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Walther Otremba
vom 18. März 2008**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist nach wie vor aufwärts gerichtet. Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft haben sich in den letzten Jahren – auch aufgrund unserer Reformen – deutlich verbessert. Für konjunkturstützende Maßnahmen gibt es deshalb keinen Anlass.

Allerdings haben sich die Risiken und Unsicherheiten – nicht zuletzt als Folge der Finanzmarkturbulenzen und der schwierigen konjunk-

turellen Lage in den USA – in den letzten Wochen und Monaten spürbar erhöht. Sollte es zu einer drastischeren Eintrübung des Weltwirtschaftsklimas kommen, bliebe das auch für die deutsche Wirtschaft nicht ohne Auswirkungen. Darauf ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik vorbereitet. Vor dem Hintergrund der erhöhten weltwirtschaftlichen Risiken kommt es vor allem darauf an, durch eine konsequente Fortsetzung unserer Politik der strukturellen Wachstumsstärkung weiter „Kurs zu halten“ und so bei Bürgern und Unternehmen das Vertrauen in die Kontinuität des Wachstumsprozesses zu stärken. Entscheidend sind dabei langfristig sinnvolle Maßnahmen, die die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung dauerhaft verbessern und sich im Bedarfsfall auch rasch umsetzen lassen.

Finanzielle Spielräume sollen daher wie bisher genutzt werden, einerseits, um zu konsolidieren und andererseits, um Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Darüber hinaus leistet die Wirtschafts- und Finanzpolitik ihren Beitrag zur Konjunkturstabilisierung, indem sie die automatischen Stabilisatoren wirken lässt.

42. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung Empfehlungen namhafter Volkswirte, dass in diesem Jahr Lohnsteigerungen von 3 bis 3,5 Prozent zur Stärkung des privaten Konsums möglich und angebracht sind (vgl. Handelsblatt, 3. März 2008)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dagmar Wöhrl vom 14. März 2008

Wie bereits in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zum Ausdruck gebracht (vgl. Bundestagsdrucksache 16/7894), hält die Bundesregierung Lohnabschlüsse für vertretbar, die sich an der Produktivitätsentwicklung orientieren, mit der Preisniveaustabilität vereinbar sind und die zukünftigen Beschäftigungschancen berücksichtigen.

Die Bundesregierung bekennt sich zur Tarifautonomie. Insofern kommentiert die Bundesregierung weder laufende Tarifverhandlungen noch Forderungen und Angebote der Tarifvertragsparteien.

Auch diesbezügliche Äußerungen von wissenschaftlicher Seite werden von der Bundesregierung grundsätzlich nicht bewertet.

43. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)
- In welchem Maße sanken bzw. sinken voraussichtlich in den Jahren 2006 und 2007 sowie 2008 die Netzentgelte im Stromsektor durch Regulierung jeweils gegenüber dem Vorjahr, bezogen auf einen Privathaushalt mit einem Jahresstromverbrauch von 3 500 Kilowattstunden in Cent und Prozent?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 18. März 2008**

Die durchschnittlichen mengengewichteten Netzkosten (Nettonetzentgelte ohne Umsatzsteuer, Konzessionsabgabe, EEG- und KWK-Zuschlag, inkl. Verrechnungsentgelte) im Beispielfall der Kundengruppe Dc (Haushaltskunde mit einem Jahresverbrauch von 3 500 kWh) sind von durchschnittlich 7,3 Cent/kWh (1. April 2006) auf 6,34 Cent/kWh (1. April 2007) gesunken. Diese Senkung ergibt sich aus den Kürzungen der ersten Entgeltgenehmigungsrunde der Regulierungsbehörden. Für den beschriebenen Fall entspricht dies einer Senkung um ca. 13 Prozent.

Da das laufende Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, lässt sich für das Jahr 2008 derzeit noch keine abschließende Aussage treffen. Durch die aktuelle Entgeltgenehmigungsrunde konnten in den bereits abgeschlossenen Entgeltanträgen überwiegend deutliche Kostenkürzungen realisiert werden, die sich in praktisch allen bearbeiteten Fällen auch in Netzentgeltsenkungen für einen durchschnittlichen Haushaltskunden niederschlagen konnten.

44. Abgeordneter
Hans-Kurt Hill
(DIE LINKE.)
- Welche Kostensenkung erwartet die Bundesregierung durch die Anreizregulierung nach Ablauf der ersten fünfjährigen Regulierungsperiode gegenüber dem 1. Januar 2009, bezogen auf einen Privathaushalt mit einem Jahresstromverbrauch von 3 500 Kilowattstunden in Cent und Prozent?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 18. März 2008**

Die Anreizregulierung wird zum 1. Januar 2009 eingeführt. Inwieweit sie zu einer weiteren Senkung der Netzentgelte führt, kann derzeit nicht prognostiziert werden.

45. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was bedeutet der Beschluss des Europäischen Rates vom März 2007 konkret für die Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr, wenn 20 Prozent der Energie bis 2020 eingespart werden sollen – auch unter Berücksichtigung des Trends?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze
vom 27. Februar 2008**

Der Europäische Rat hat beim Frühjahrsgipfel 2007 betont, dass die Energieeffizienz in der EU erhöht werden muss, damit im Einklang mit dem von der Europäischen Kommission in ihrem Grünbuch zur Energieeffizienz geschätzten Einsparpotenzial das Ziel, 20 Prozent des EU-Energieverbrauchs gemessen an den Prognosen für 2020 ein-

zusparen, erreicht wird. Eine konkrete Aufteilung dieses Ziels auf die einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Union oder auf einzelne Sektoren wie Strom, Wärme oder Verkehr wurde damit nicht verbunden.

Die Bundesregierung strebt in Übereinstimmung mit dieser Zielsetzung an, die Energieeffizienz deutlich zu erhöhen und die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber dem Jahr 1990 zu verdoppeln.

Unterlegt wird diese Zielvorgabe durch die Maßnahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms sowie des ersten Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplans (EEAP) gemäß der EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen. Der deutsche EEAP legt dar, wie das Ziel der Richtlinie, bis Ende 2016 9 Prozent Endenergie gegenüber einer Referenzperiode (2001 bis 2005) durch konkrete Maßnahmen in den einzelnen Sektoren einzusparen, erreicht werden soll. Entsprechend finden sich im EEAP Aussagen zu den Einsparbeiträgen einzelner Maßnahmen in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr.

46. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sehen die Berechnungen und Annahmen – insbesondere hier absolute Stromeinsparung, Ausbau erneuerbarer Energien und KWK-Ausbau – der Deutschen Energie-Agentur (dena) aus, nach denen Deutschland laut aktueller Panorama-Meldung in „SPIEGEL ONLINE“ auf eine „gewaltige Stromlücke“ zusteuert?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 27. März 2008**

Es handelt sich in der Frage um eine Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena), die eine rechtlich selbständige Organisation (GmbH) ist. Nach Auskunft der dena ist die Studie vertraulich. Sie wurde nicht im Auftrag der Bundesregierung erstellt.

47. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Firma Microsoft gezeigten Bemühungen, zusätzlich zum existierenden offenen Standard ODF einen konkurrierenden Standard (OOXML) durchzusetzen, der nicht in dem Sinne offen ist, wie es in der Konferenz „Advancing eGovernment“ im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Anfang letzten Jahres definiert wurde?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dagmar Wöhrl
vom 14. März 2008**

Die Bundesregierung schließt grundsätzlich ein wettbewerbliches Nebeneinander von Dokumentenstandards für Office-Anwendungen am

Markt nicht aus. Voraussetzungen dafür sind allerdings Interoperabilität und Offenheit der Standards.

Die Bundesregierung befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem von den Koalitionsfraktionen am 5. Juli 2007 verabschiedeten Antrag „Den Wettbewerb stärken, den Einsatz offener Dokumentenstandards und offener Dokumentenaustauschformate fördern“ (Bundestagsdrucksache 16/5927).

Die Offenheit des Standards OOXML ist nach Abschluss des hierzu noch laufenden ISO-Standardisierungsverfahrens von den Anwendern zu beurteilen.

48. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung unter diesen Voraussetzungen den Einsatz von OOXML in der öffentlichen Verwaltung, vor dem Hintergrund, dass Microsoft die Notwendigkeit von OOXML damit begründet, dass diese Technologie speziell auch die Bearbeitung älterer, existierender Dokumente ermöglicht, die in binären Formaten gespeichert wurden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dagmar Wöhrl
vom 14. März 2008**

Die Bundesregierung befürwortet den umfassenden Einsatz offener Dokumentenaustauschformate in der Bundesverwaltung. Dabei ist allerdings zu beachten, dass eine uneingeschränkte, verlust- und veränderungsfreie Bearbeitung von Inhalten und Dokumenten und die nachhaltige Archivierung gewährleistet sind.

Die Bearbeitung älterer, existierender Dokumente, die in binären Formaten gespeichert wurden, kann durch Werkzeuge zur Konvertierung dieser Formate sichergestellt werden. Diese existieren mittlerweile für verschiedene Office-Anwendungen.

49. Abgeordneter
**Carl-Ludwig
Thiele**
(FDP)
- Treffen die Informationen aus der Biodieselbranche zu, nach denen in der Zeit nach dem 1. August 2006 bereits über 2 000 Biodieseltankstellen ihren Betrieb eingestellt haben, Millionen Lkw wenn immer möglich im Ausland tanken, viele mittelständische Betriebe der Biodieselproduktion in existentielle Schwierigkeiten geraten sind und die Eiweißfuttermittelproduktion stark zurückgegangen ist?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 19. März 2008**

Über belastbare Informationen verfügt die Bundesregierung nicht. Zur Anzahl der Tankstellen liegen keine amtlichen Statistiken vor. Die mittelständische Mineralölwirtschaft hat in der Vergangenheit erklärt, dass an ihren Tankstellen insgesamt an etwa 1 900 Zapfsäulen reiner Biodiesel (B100) getankt werden kann. Über diesen Vertriebsweg wurden 2006 knapp 15 Prozent des gesamten B100-Absatzes in Deutschland geleitet. Die restlichen 85 Prozent wurden direkt an Fahrzeugflotten abgesetzt. Nach Angaben der mittelständischen Mineralölverbände ist derzeit der weit überwiegende Anteil der Zapfsäulen vorerst stillgelegt. Nach Aussagen des Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e. V. ist in dessen Mitgliedsfirmen das Tanken von B100 weitgehend eingestellt. Über die Anzahl der Lkw, die wegen der Preisentwicklung des reinen Biodiesels jetzt im Ausland tanken, liegen keine amtlichen Angaben vor. Nach Angaben der Branche hat ein Großteil der Biodieselproduzenten seine Kapazitäten heruntergefahren, vereinzelt wurde die Produktion gestoppt. Ende März 2008 werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die „Amtlichen Mineralöl-daten Januar 2008“ veröffentlicht. Dort ist auch der Absatz der biogenen Reinkraftstoffe erfasst. Statistische Angaben zur Eiweißfuttermittelproduktion liegen nicht vor.

50. Abgeordneter
**Engelbert
Wistuba**
(SPD)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem touristischen Querschnittsthema „Spiritueller Tourismus“ bei?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze
vom 27. Februar 2008**

Reisen aus religiösen oder spirituellen Gründen haben in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Pilgern, Übernachten in Klöstern, neue Dachmarken, Programme der Reiseveranstalter im In- und Ausland usw. bestätigen diesen Trend.

Vielfach werden spirituell motivierte Reisen mit kulturtouristischen Themen kombiniert. Hier werden Ansatzpunkte gesehen, um das Kulturland Deutschland zu positionieren und im internationalen Wettbewerb zu stärken.

51. Abgeordneter
**Engelbert
Wistuba**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung statistische Erhebungen über die Anzahl der Touristen vor, die aus spirituellen oder religiösen Motiven aus Deutschland ins Ausland oder nach Deutschland bzw. innerhalb Deutschlands reisen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze
vom 27. Februar 2008**

Amtliche Statistiken über religiös oder spirituell motivierte Reisen liegen nicht vor. Nach Schätzungen der einzelnen Pilger- und Wallfahrtsbüros in Deutschland wurden im Jahr 2006 etwa 800 000 Pilgerreisen unternommen. Nach dem World Travel Monitor wurden im Inland im Jahr 2006 736 000 Reisen aus religiösen Motiven durchgeführt. Dagegen führten 400 000 religiöse Reisen von Deutschen ins Ausland.

Im Jahr 2005 – dem Jahr der Papstwahl und des Katholischen Weltjugendtages in Köln – stiegen die religiös motivierten Reisen aus Europa nach Deutschland auf schätzungsweise insgesamt 345 000 Reisen. Im Jahr 2006 fanden 180 000 religiös motivierte Reisen aus Europa nach Deutschland statt. Im Verhältnis zu allen Reisen der Europäer nach Deutschland im Jahr 2006 mit 33,7 Millionen Reisen betrug der Anteil 0,5 Prozent.

52. Abgeordneter **Engelbert Wistuba** (SPD) Welche Pilgerwege sind innerhalb Deutschlands von besonderer Bedeutung, welche sind Bestandteil europäischer Pilgerwege?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze
vom 27. Februar 2008**

Über die nachstehenden Pilgerwege in Deutschland erhalten Interessierte nutzerfreundliche und umfangreiche Informationen: Benediktweg, Bonifatiusroute, Jakobsweg Lüneburger Heide, Pfälzer Jakobsweg, Klosterroute Schwarzwald, Mönchsweg, Ökumenischer Pilgerweg.

Die nachfolgenden Pilgerwege sind Bestandteil europäischer Pilgerwege: Historischer Ochsenweg, Jakobsweg, Via Nova, Via Sacra, Via Claudia Augusta.

53. Abgeordneter **Engelbert Wistuba** (SPD) Welchen religiösen Jubiläen (Jahrestagen und Jubiläen von religiösen Stätten) bis 2020 misst die Bundesregierung besondere kulturelle Bedeutung in Deutschland bei?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze
vom 27. Februar 2008**

Bisher sind folgende Jubiläen und Jahrestage vorgesehen:

19. bis 21. September 2008:

Eröffnung der Lutherdekade in der Lutherstadt Wittenberg anlässlich Luthers Ankunft in Wittenberg:

- Eröffnung des Luthergartens
- Lichtinszenierung Ankunft Luthers
- Konzerte und Festgottesdienste;

31. Oktober bis 11. November 2008:

Festwoche Luthers 525. Geburtstag in Eisleben;

2009:

500. Geburtstag Calvins (Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin);

2010:

450. Todestag Melanchthons;

2011:

300. Geburtstag Mühlens (US-Reformator, in Halle geboren);

2010:

Festveranstaltung in Torgau zum 480. Jahrestag der Verfassung der Torgauer Artikel (durch Luther, Melanchthon, Jonas und Bugenhagen);

2010/2011:

Romreise Luthers;

2014:

Festveranstaltung in Torgau zum 470. Jahrestag der Einweihung der ersten protestantischen Kirche durch Martin Luther;

2015:

500. Geburtstag L. Cranach d. Ä.;

2016:

Festveranstaltung in Torgau zum 480. Jahrestag der Gründung der ersten protestantischen Kantorei in Torgau durch Johann Walter;

31. Oktober 2017:

500 Jahre Thesenanschlag an der Schlosskirche zu Wittenberg;

2021:

Jubiläum 500 Jahre Übersetzung des Neuen Testaments auf der Wartburg und in der Wartburgstadt Eisenach.

54. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist in den einzelnen Bundesländern die Zahl der Haushalte, für die derzeit kein schneller Internet- bzw. Breitbandanschluss verfügbar ist, und wie hoch ist ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Haushalte der jeweiligen Bundesländer?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Hintze
vom 5. März 2008**

Im Rahmen der Erstellung des Breitbandatlases werden der Fragestellung entsprechende Auswertungen nicht durchgeführt. Insoweit stellen die nachfolgenden Zahlen nur grobe Schätzungen auf der Basis der für den Breitbandatlas erhobenen Daten mit entsprechenden Unsicherheiten dar.

Der Prozentanteil der Haushalte ohne Breitbandverfügbarkeit in den Ländern dürfte sich annäherungsweise wie folgt darstellen: Berlin, Bremen, Hamburg je ca. 0 Prozent, Nordrhein-Westfalen <0,5 Prozent, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Saarland je 1 bis 2 Prozent, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz je 2 bis 5 Prozent, Sachsen und Thüringen 5 bis 7 Prozent, Brandenburg und Sachsen-Anhalt ca. 10 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern ca. 16 Prozent.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

55. Abgeordnete **Katrin Kunert** (DIE LINKE.) Gesetzt den Fall, es gäbe in kreisfreien Städten und in Landkreisen für ALG II- und Sozialgeldbeziehende sowie Personen, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen, ein Sozialticket für 0 Euro (entgeltfreie Monatskarte für den öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV), wie steht die Bundesregierung in diesem Fall zu einer Anrechnung auf den Regelsatz im Kontext der geltenden ALG-II-Verordnung?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Klaus Brandner
vom 19. März 2008**

Sofern einem Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld eine Monatskarte für den ÖPNV unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, handelt es sich um einen Sachbezug, der eine Einnahme in Geldeswert darstellt. Nach § 2 Abs. 6 der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung ist für sonstige Sachbezüge, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, der um übliche Preisnachlässe geminderte übliche Endpreis am Abgabeort anzusetzen.

Etwas anderes gilt dann, wenn das Monatsticket nicht unentgeltlich, sondern lediglich verbilligt an Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld abgegeben wird. In diesem Fall besteht ein geldwerter Vorteil, der aber nicht zu einer Minderung der Leistungen führt.

Für Personen, die nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes leistungsberechtigt sind, gilt die Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verord-

nung nicht, da sie keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben (§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB II).

56. Abgeordnete
**Katrin
Kunert**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Kreise/kreisfreie Städte haben mit Stand vom 18. März 2008 Anträge auf Zuwendungen im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi beim Bundesverwaltungsamt eingereicht (bitte Kommunen nach Ländern sortiert auflisten und vermerken, ob bereits genehmigt oder nur eingereicht; siehe auch Tabelle zu der Antwort auf meine schriftlichen Fragen 47 und 48 auf Bundestagsdrucksache 16/8447 vom 3. März 2008)?

**Antwort des Staatssekretärs Detlef Scheele
vom 28. März 2008**

Nach dem Stand vom 18. März 2008 sind beim Bundesverwaltungsamt aus 45 Förderregionen (Kreisen und kreisfreien Städten) insgesamt 373 Anträge für 660 Stellen eingegangen. 61 entscheidungsreife Anträge für 139 Stellen wurden beschieden. Die Auflistung nach Förderregionen ergibt sich aus der beigefügten Anlage.

**Bundesprogramm Kommunal-Kombi – Anträge und Bewilligungen
Stand 18. März 2008:**

BUNDESLAND	LANDKREIS / KREISFREIE STADT	ANTRÄGE	STELLEN
Brandenburg	Barnim	28	47
	Brandenburg a. d. Havel	2	5
	Cottbus, Stadt	3	3
	Elbe-Elster	64	125
	Frankfurt (Oder), Stadt	1	2
	Märkisch-Oderland	3	4
	Oberspreewald-Lausitz	9	17
	Oder-Spree	28	31
	Ostprignitz-Ruppin	8	16
	Prignitz	50	90
	Spree-Neiße	11	32
	Uckermark	31	41
	Antragssumme		238
davon bewilligt		43	104
Bremen	Bremerhaven, Stadt	1	1
Antragssumme		1	1
Mecklenburg- Vorpommern	Demmin	1	1
	Güstrow	5	16
	Mecklenburg-Strelitz	3	3
	Müritz	1	1
	Nordvorpommern	13	20
	Ostvorpommern	5	5
	Parchim	3	3
	Rostock	3	4
	Rügen	11	40
	Schwerin	1	2
	Wismar, Stadt	1	1
Antragssumme		47	96
davon bewilligt		3	5

BUNDESLAND	LANDKREIS / KREISFREIE STADT	ANTRÄGE	STELLEN
Rheinland-Pfalz	Pirmasens, Stadt	8	90
Antragssumme		8	90
davon bewilligt		6	67
Sachsen	Annaberg	2	4
	Aue-Schwarzenberg	1	1
	Bautzen	2	8
	Delitzsch	4	5
	Hoyerswerda, Stadt	2	2
	Leipzig, Stadt	1	1
	Leipziger Land	8	12
	Löbau-Zittau	1	1
	Mittlerer Erzgebirgskreis	4	8
	Muldentalkreis 1)	20	36
	Niederschlesischer Oberlausitzkreis	6	10
	Riesa-Großenhain	1	1
	Torgau-Oschatz	3	3
	Zwickauer Land	3	5
Antragssumme		58	97
davon bewilligt		1	4
Sachsen-Anhalt	Harz	7	21
	Jerichower Land	2	4
	Salzland	5	7
	Stendal	10	12
Antragssumme		24	44
davon bewilligt		8	19
Thüringen	Nordhausen	1	1
	Sömmerda	8	9
Antragssumme		9	10
davon bewilligt		6	7
SUMME ANTRÄGE		373	660
BEWILLIGUNGEN		61	139

1) In der Antwort auf die Fragen 47 und 48 auf Bundestagsdrucksache 16/8447 war wegen eines Büroversehens ein Antrag auf zwei Stellen aus dem Muldentalkreis (Sachsen) dem Ilm-Kreis (Thüringen) zugeordnet worden.

57. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die Kosten in Höhe von 400 000 Euro für das Mitarbeiterfernsehen der Bundesagentur für Arbeit für vertretbar, und wurden andere kostengünstigere Angebote eingeholt?

**Antwort des Staatssekretärs Franz-Josef Lersch-Mense
vom 20. März 2008**

Die Bundesregierung hält die jährlichen Kosten in Höhe von 400 000 Euro für das Mitarbeiterfernsehen der Bundesagentur für Arbeit (BA) für gut investiert, da damit 14-tägig aktuelle Informationen und Tipps für die tägliche Arbeit ermöglicht werden. Die BA hat die Produktion des Mitarbeiterfernsehens im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung vergeben. Daran haben sich neun Unternehmen beteiligt. Unter den Unternehmen, die die Mindestbedingungen der Ausschreibung erfüllten, erhielt der Anbieter mit dem kostengünstigsten Angebot den Zuschlag, da dieses zugleich das wirtschaftlichste Angebot war.

58. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Wer sind die neutralen Dritten, die in der Pilotphase das Mitarbeiterfernsehen evaluiert haben?

**Antwort des Staatssekretärs Franz-Josef Lersch-Mense
vom 20. März 2008**

Die Evaluation wurde im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit durch die Firma Brand Support durchgeführt, die unter anderem auch Auswertungen für das österreichische Fernsehen ORF erstellt.

59. Abgeordneter
**Bodo
Ramelow**
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung bereits über die Ergebnisse der Evaluierung des Optionsmodells (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) informiert, und wenn nicht, wann werden diese Ergebnisse vorliegen?

**Antwort des Staatssekretärs Detlef Scheele
vom 27. März 2008**

Die Ergebnisse der Forschung zur Evaluation der Experimentierklausel des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, aufgrund derer die Aufgabenwahrnehmung durch die zugelassenen kommunalen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Optionskommunen) untersucht wird, liegen noch nicht vor. Entsprechend § 6c SGB II wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes unter Beteiligung der Länder bis 31. Dezember 2008 einen Bericht über die Erfahrungen mit der zugelassenen kommunalen Trägerschaft vorlegen.

60. Abgeordneter
**Bodo
Ramelow**
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung Optionskommunen verbindlich zu verlängern, bevor die Ergebnisse der Evaluation vorliegen, und wenn ja, warum?

**Antwort des Staatssekretärs Detlef Scheele
vom 27. März 2008**

Die gesetzliche Experimentierklausel sieht die Aufgabenwahrnehmung durch die zugelassenen kommunalen Träger befristet bis zum 31. Dezember 2010 vor. Der Gesetzgeber kann nach Vorliegen der Ergebnisse der Evaluation über die künftige Gestaltung der organisatorischen Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende entscheiden. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 sieht für den Fall, dass eine Einigung dazu nicht zustande kommt, vor, dass die zugelassene kommunale Trägerschaft um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2013 verlängert wird. Die Bundesregierung sieht keinen Grund, die genannten gesetzlichen Bestimmungen in Frage zu stellen. Im Übrigen sieht sie sich an die Verabredung im Koalitionsvertrag gebunden.

61. Abgeordneter
**Bodo
Ramelow**
(DIE LINKE.)
- Gibt es derzeit eine endgültige und verbindliche Entscheidung über eine Verlängerung des Optionsmodells für die Kommune Jena über das Jahr 2010 hinaus?

**Antwort des Staatssekretärs Detlef Scheele
vom 27. März 2008**

Eine Sonderregelung für die zugelassene kommunale Trägerschaft des Stadtkreises Jena ist nicht vorgesehen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

62. Abgeordnete
**Karin
Binder**
(DIE LINKE.)
- Wie repräsentativ ist die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie zur Lebensmittelkennzeichnung angelegt, die von den Parlamentarischen Staatssekretären beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Dr. Gerd Müller und Ursula Heinen in den Sitzungen des Deutschen Bundestages am 6. März 2008 und des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 12. März 2008 erwähnt wurde, und welche konkreten Kennzeichnungsmodelle sind Inhalt dieser Verbraucherbefragung?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Gerd Müller vom 19. März 2008

Die bundesweite bevölkerungsrepräsentative Umfrage zu dem o. g. Thema wird von einem renommierten Meinungsforschungsinstitut durchgeführt. Die für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage ist Teil einer kontinuierlichen Mehrthemenumfrage, die alle zwei Wochen mit einer neuen Welle gestartet und deutschlandweit durchgeführt wird. Die Repräsentativität ist durch die methodische Anlage, einer mehrfach geschichteten, mehrstufigen Zufallsstichprobe, gewährleistet. Diese ist in Deutschland Standard bei allen führenden Meinungsforschungsinstituten.

In der Meinungsumfrage bezieht sich eine Frage auf ein Kennzeichnungsmodell, das auf dem Konzept des BMELV basiert. Um bei der derzeit laufenden Meinungsumfrage ein repräsentatives und unbeeinflusstes Ergebnis zu erhalten, bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich keine weiteren Informationen über die Inhalte der Befragung weitergeben kann. Diesbezügliche Aussagen in der Öffentlichkeit könnten das Ergebnis verfälschen.

63. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP) Welche Kosten verursacht die am 14. März 2008 startende Umfrage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Nährwertkennzeichnung?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Gerd Müller vom 18. März 2008

Eine exakte Angabe der Kosten ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, da nach Prüfung und Bewertung der Ergebnisse durch das BMELV die konkrete erbrachte Leistung bezahlt wird. Die Kosten der Umfrage werden sich aber auf unter 10 000 Euro belaufen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

64. Abgeordneter **Roland Claus** (DIE LINKE.) Wie viele Leutnante, Hauptleute, Stabsoffiziere und Admirale bzw. Generale der Bundeswehr haben ihren Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee geleistet?

Antwort des Staatssekretärs Rüdiger Wolf vom 20. März 2008

Von den heute im Dienst befindlichen Offizieren der Bundeswehr haben

– 264 Leutnante

- 627 Hauptleute
- 1 219 Stabsoffiziere
- 1 Generalärztin

Wehrdienst in der ehemaligen Nationalen Volksarmee geleistet.

65. Abgeordneter **Roland Claus** (DIE LINKE.) Gibt es Unterschiede zwischen west- und ost-deutschen Bundeswehrangehörigen hinsichtlich der Versorgung aufgrund einer Wehrdienstbeschädigung, und welche sind dies im Einzelnen?

Antwort des Staatssekretärs Rüdiger Wolf vom 20. März 2008

Nach § 1 Abs. 2 der Soldatenversorgungs-Übergangsverordnung vom 24. März 1993 (BGBl. I S. 378) erhalten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, deren Wehrdienstverhältnis im Beitrittsgebiet begründet worden ist und die dort ihren Standort und am Tag vor der Begründung des Wehrdienstverhältnisses ihren Wohnsitz haben, im Falle einer Wehrdienstbeschädigung Leistungen aus der Beschädigtenversorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz entsprechend dem Prozentsatz, der für die Versorgungsleistungen nach dem sozialen Entschädigungsrecht im Beitrittsgebiet maßgebend ist. Dieser Satz beträgt zurzeit 88,14 Prozent. Alle übrigen wehrdienstbeschädigten Soldatinnen und Soldaten erhalten diese Leistungen in voller Höhe.

66. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD) Welchen Status hat der Truppenübungsplatz Lübtheen durch die Definition „Truppenübungsplatz mit Übungsplatzvorrang“?

Antwort des Staatssekretärs Rüdiger Wolf vom 20. März 2008

Der Status des Truppenübungsplatzes (TrÜbPl) Lübtheen entspricht den Vorgaben der Teilkonzeption „Übungsplätze/Schießanlagen“ vom 13. November 2006 sowie dem „Nutzungskonzept für Truppenübungsplätze in Deutschland“ vom 17. August 2006:

„TrÜbPl ermöglichen durch Bereitstellung der konzeptionell geforderten Anlagen und Kapazitäten die Ausbildungs- und Übungstätigkeit der Streitkräfte. Sie gewährleisten damit die kontinuierliche Ausbildung der Kräfte für das gesamte Einsatzspektrum der Bundeswehr und fördern die Interoperabilität durch die Möglichkeit der bundeswehrgemeinsamen Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Organisationsbereiche im nationalen und multinationalen Rahmen.“

Somit ist er allen anderen Truppenübungsplätzen in Deutschland gleichgestellt. Der Bezeichnungszusatz „mit Übungsvorrang“ beschreibt lediglich eine Vorgabe zur Nutzung.

Damit ist für den TrÜbPl Lübtheen nachfolgendes Nutzungsprofil definiert:

- Durchführung von Gefechtsübungen mit Übungsmunition für Handwaffen, Simulatoren und Darstellungsmitteln durch alle Truppengattungen im Zuge der Einsatzausbildung,
- Durchführung von Teilen der Einsatzausbildung zur Krisen-/Konfliktverhütung und Ausbildung urbaner Operationen,
- Schießen von Schulschießübungen mit Handwaffen als Ersatz für fehlende Standortschießanlagen und
- Nutzung als Verfügungsraum in Verbindung mit der Leit-Truppenübungsplatzkommandantur (TrÜbPIK) Bergen, z. B. für Übungen im Rahmen der NATO Response Force und EU Battle Group.

67. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Arbeitet das Bundesministerium der Verteidigung an einem neuen Konzept für die Truppenübungsplätze der Bundeswehr, und falls ja, welche Perspektive ist nach derzeitigem Stand für den Truppenübungsplatz Lübtheen vorgesehen?

**Antwort des Staatssekretärs Rüdiger Wolf
vom 20. März 2008**

Nein, eine Fortschreibung bzw. Neufassung des o. a. Nutzungskonzeptes ist zurzeit nicht vorgesehen.

68. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Teilt das Bundesministerium der Verteidigung die Auffassung, dass die Auslastung des Truppenübungsplatzes Lübtheen durch die Bundeswehr und durch NATO-Partner wegen bestehender Infrastrukturdefizite (fehlende feste Unterkünfte, nicht ausreichende Versorgungseinrichtungen) beschränkt ist?

**Antwort des Staatssekretärs Rüdiger Wolf
vom 20. März 2008**

Im Rahmen einer durchgeführten Fusionierung verschiedener TrÜbPl zu Verbänden (hier: Bergen – Munster – Ehra-Lessien – Lübtheen) wurde der TrÜbPl Lübtheen zum 1. April 2007 der TrÜbPIK Bergen unterstellt. Damit werden die verschiedenen Ausbildungsanlagen im TrÜbPl-Verbund Bergen den unterschiedlichen Nutzern nach Bedarf und nach dem Regionalprinzip zugewiesen.

Für das Jahr 2007 ergab sich eine Auslastung von 67 Prozent. Gemäß vorliegenden Planungszahlen wird der TrÜbPl Lübtheen im ersten Halbjahr 2008 zu 81 Prozent ausgelastet sein.

Das Bundesministerium der Verteidigung teilt daher nicht die Auffassung, dass die Auslastung des TrÜbPl Lübtheen durch die Bundeswehr und durch NATO-Partner wegen bestehender Infrastrukturdefizite beschränkt ist.

69. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Beabsichtigt das Bundesministerium der Verteidigung im Interesse der Kosteneinsparung Entscheidungen zu treffen, damit der Truppenübungsplatz Lübtheen künftig auch durch das Panzergrenadierbataillon 401 in Hagenow in Anspruch genommen wird?

**Antwort des Staatssekretärs Rüdiger Wolf
vom 20. März 2008**

Eine Mitnutzung des TrÜbPl Lübtheen durch das Panzergrenadierbataillon 401 ist im Rahmen des o. a. Nutzungsprofils und freier Kapazitäten jederzeit möglich und wird auch heute schon praktiziert.

Die pauschale Zuordnung der Nutzung des TrÜbPl Lübtheen durch das Panzergrenadierbataillon 401 ist durch das Bundesministerium der Verteidigung nicht vorgesehen.

70. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Wie viele Soldaten des Kommandos Spezialkräfte wurden bei Einsätzen in Afghanistan in den vergangenen Jahren verletzt und getötet (bitte nach Jahren auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Thomas Kossendey
vom 14. März 2008**

Bei Einsätzen in Afghanistan wurde mit Stichtag 1. März 2008 im Jahr 2005 ein Soldat des Kommandos Spezialkräfte verletzt. Soldaten des Kommandos Spezialkräfte kamen nicht zu Tode.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

71. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Welches sind die Gründe dafür, dass es in den einzelnen Bundesländern ein Beschäftigungsverbot bzw. eine Weiterbeschäftigung oder Umsetzung auf einen anderen gefährdungs-

freien Arbeitsplatz nur für angestellte schwangere Zahnärztinnen und zahnmedizinische Fachassistentinnen gibt, dies aber nicht für selbständige Zahnärztinnen gilt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Hermann Kues

vom 25. Februar 2008

Das Mutterschutzgesetz gehört mit seinen Regelungen zum Arbeitsschutz in das Gebiet des Arbeitsrechts. Es gilt für alle Frauen, die aufgrund eines privatrechtlichen, vertraglich begründeten Dauerschuldverhältnisses oder eines ihm gleichgestellten Rechtsverhältnisses im Dienst eines anderen zur Arbeit in persönlicher Abhängigkeit verpflichtet sind. Dabei kommt es weniger auf die vertragliche Formulierung als auf die tatsächliche Ausgestaltung und Durchführung des Vertragsverhältnisses an.

Der gesetzliche Mutterschutz verfolgt das Ziel, den Widerstreit zwischen den Aufgaben der Frau als Mutter und ihrer Stellung im Berufsleben als Arbeitnehmerin im Interesse der Gesunderhaltung von Mutter und Kind auszugleichen. Die besondere Schutzbedürftigkeit der Mutter, die in einem von persönlicher Abhängigkeit geprägten Arbeitsverhältnis steht, ist ein sachlicher Grund für die mit dem Mutterschutzgesetz vorgenommene Differenzierung. Diese Schutzbedürftigkeit besteht für Selbständige nicht in gleicher Weise; auf Selbständige – also auch auf selbständig tätige Zahnärztinnen – finden die Regelungen des Mutterschutzgesetzes daher keine Anwendung.

72. Abgeordnete

**Ina
Lenke
(FDP)**

Welche Schutzmaßnahmen sind nach der Auffassung der Bundesregierung während der Schwangerschaft für selbständig tätige Zahnärztinnen gültig, bzw. welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um eine Verletzungs- und Infektionsgefahr für Zahnärztinnen, zahnmedizinische Fachassistentinnen und Zahntechnikerinnen während der Schwangerschaft auszuschließen bzw. abzuschaffen oder neu zu regeln?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Hermann Kues

vom 25. Februar 2008

Das in Ihrer Frage zum Ausdruck kommende Anliegen nach einer Verbesserung der Situation für selbständige Frauen im Fall einer Schwangerschaft ist grundsätzlich nachvollziehbar. Aus Sicht der Bundesregierung ist zentrale Aufgabe des Mutterschutzes der Schutz für abhängig beschäftigte werdende und junge Mütter. Eine Ausdehnung arbeitsrechtlicher und arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften auf selbständig tätige Personen ist im Hinblick auf den in der Antwort zu Frage 71 erläuterten Zweck der Schutzregelungen nicht zielführend.

Derzeit besteht für selbständige Frauen, die (freiwilliges) Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung mit Anspruch auf Krankengeld sind, innerhalb der fiktiven Mutterschutzfristen ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes. Selbständige, die privat versichert sind, erhalten kein Mutterschaftsgeld. Ihnen obliegt es selbst, sich durch vertragliche Vereinbarung mit ihrer Krankenversicherung für den Fall der Mutterschaft abzusichern.

Eine Änderung des gesetzlichen Mutterschutzes hinsichtlich der generellen Einbeziehung von Selbständigen ist nicht beabsichtigt.

Mit Blick auf eine Zunahme von selbständigen Frauen prüft die Bundesregierung Möglichkeiten, um den Schutz selbständiger (werdender und junger) Mütter zu verbessern. Mit der Einführung des Elterngeldes wurde partiell auf die besondere Situation selbständiger Frauen reagiert, indem Zeiten des Ausfalls von Erwerbseinkommen wegen einer schwangerschaftsbedingten Erkrankung bei der Bestimmung der zwölf für die Einkommensermittlung vor der Geburt des Kindes heranzuziehenden Kalendermonate übersprungen werden. Zeiten der Mutterschutzfrist vor der Entbindung (und bei kurzem Geburtenabstand auch der Mutterschutzfrist nach der Geburt des älteren Kindes sowie der Entbindungstag) sind daher wie Zeiträume einer schwangerschaftsbedingten Erkrankung zu betrachten, wenn ihre Berücksichtigung nicht bereits aufgrund des Bezugs von Mutterschaftsgeld erfolgt.

Der im Einzelfall gegebenenfalls notwendige Schutz einer Selbständigen bei Mutterschaft ist zumindest durch das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch sichergestellt.

73. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wie wird die Bundesregierung im Kinderförderungsgesetz (KiföG) vorsehen, dass Nachteile für privat-gewerbliche Kinderbetreuungseinrichtungen abgebaut werden und diese nicht mehr – wie nach jetzt geltendem Recht – schlechter behandelt werden als frei-gemeinnützige Anbieter, weil das geltende Recht für verschiedene Berechtigungen die Anerkennung als freier Träger voraussetzt, die aber frei-gemeinnützigen Trägern vorbehalten bleibt?
74. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wie wird die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung privat-gewerblicher und frei-gemeinnütziger Träger beseitigen, weil sie die Förderung betrieblicher Einrichtungen der Tagesbetreuung erschwert und sie auch nicht mit der Dienstleistungsfreiheit nach EU-Recht vereinbar ist und bereits mehrmals Gegenstand von Petitionen im Deutschen Bundestag war?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Hermann Kues
vom 27. Februar 2008**

Die Fragen 73 und 74 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Nach § 74 SGB VIII setzt die Förderung freier Träger voraus, dass gemeinnützige Ziele verfolgt werden. Damit können privat-gewerbliche Anbieter keine finanzielle Förderung für bestimmte Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten. Zwar hat der Bund im Rahmen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) den Ländern die Regelungskompetenz hinsichtlich der Förderungsvoraussetzungen bei der Finanzierung der Tagesbetreuung überlassen (§ 74a SGB VIII). Die meisten Länder haben davon aber keinen Gebrauch gemacht.

Im Interesse der Eltern und Kinder ist ein ausreichendes und breites Spektrum an Betreuungsangeboten nötig, um das Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2013 bundesweit durchschnittlich 35 Prozent Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren und anschließend den Rechtsanspruch für die Altersgruppe von einem bis drei Jahren zu realisieren. Hier ist das Engagement aller Anbieter, auch das der privat-gewerblichen Träger gefragt und erwünscht. Dies wird aber nur dann erwartet werden können, wenn dafür dem Grunde nach auch öffentliche Mittel bereitgestellt werden können.

Die Bundesregierung setzt zudem zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf flexible Betreuungsangebote, die sich auch an den betrieblichen Gegebenheiten, insbesondere Umfang und Verteilung der Arbeitszeit, orientieren. Hier sind Betriebskindergärten für viele Eltern ein wichtiges Angebot. Durch die Einbeziehung privat-gewerblicher Träger ist die Förderung dringend notwendiger Betriebskindertagesstätten möglich. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen brauchen die Sicherheit, durch die Einrichtung einer Kindertagesstätte keine langfristigen Kostenverpflichtungen einzugehen, die sie irgendwann nicht mehr tragen können.

Die Bundesregierung plant daher, privat-gewerbliche Anbieter im Hinblick auf Kindertagesstätten in den grundsätzlichen Anwendungsbereich der Zuwendungsförderung einzubeziehen. Einzelheiten regeln die Länder.

Darüber hinaus stellt das Gesetz schon bisher bei der Leistungsabwicklung im sog. sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis (Jugendamt – Einrichtung – Eltern) privat-gewerbliche und gemeinnützige Träger gleich, indem es lediglich auf Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Leistungserbringer abstellt (§§ 78a, 78b Abs. 2 SGB VIII).

75. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.) Wie viele rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Schriften, Bücher, CDs, Filme/DVDs und Tonträger sind im Jahr 2007 indiziert worden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Hermann Kues
vom 11. Februar 2008**

Im Jahr 2007 hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) folgende drei Schriften/Bücher, 92 Tonträger, ein Computerspiel sowie drei DVDs und eine Video-CD aufgrund der Verherrlichung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus und/oder aufgrund der Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges und/oder aufgrund rassistischer Inhalte indiziert:

Schriften/Bücher

1. Schirach, Henriette von, Anekdoten um Hitler – Geschichten aus einem halben Jahrhundert, Türmer, Berg.
Die Indizierung wurde im Bundesanzeiger Nr. 54 vom 19. März 1982 bekannt gemacht (BAnz. Nr. 54 vom 19. März 1982), Folgeindizierung gemäß § 21 Abs. 5 Nr. 3 des Jugendschutzgesetzes (JuSchG), Türmer Verlag, Berg (Firma erloschen), BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
2. Stäglich, Wilhelm Dr., Der Auschwitz-Mythos, Legende oder Wirklichkeit, Grabert, Tübingen, BAnz. Nr. 54 vom 19. März 1982, eingezogen: 17. Mai 1982, Folgeindizierung gemäß § 21 Abs. 5 Nr. 3 JuSchG, Grabert Verlag, Tübingen, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil B].
3. Wehrmacht, Die (Band I–V) Jahrgänge 1939-1944, Eine kommentierte Auswahl abgeschlossener, unveränderter Beiträge aus der Propaganda-Zeitschrift des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht Band I (Wehrmacht 1939/1940), Band II (Wehrmacht 1940/1941), Band III (Wehrmacht 1941/1942), Band IV (Wehrmacht 1942/1943), Band V (Wehrmacht 1943/1944), Verlag für geschichtliche Dokumentation, Hamburg, BAnz. Nr. 192 vom 14. Oktober 1982, Folgeindizierung gemäß § 21 Abs. 5 Nr. 3 JuSchG, Verlag für geschichtliche Dokumentation GmbH & Co., Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].

Computerspiel

Zog's Nightmare, PC CD-ROM, National Socialist Movement, Minneapolis/USA, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil B].

Tonträger

1. „3 Steps“ der Gruppe „Sunset Boot Boys“, Condemned Records, Littlerock/USA, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
2. „100 % Nigger songs Rejected by the NAACP“ der Gruppe „Bootleg Bill“, Die Hard Records, Chesapeake/USA, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil B].
3. „A Tribute to the Memory of Ian Stuart and the Music of Skrewdriver“ der Gruppe „English Rose“, Loyalty Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil A].

4. „American Austrian Friendship – Blood & Honour“, der Gruppen „Final War“ und „Stoneheads“, Panzerfaust Records, Anschrift unbekannt, ISD Records, Lancaster/USA, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
5. „Anne Frank zu Gast bei Freunden“, Sampler, Freundeskreis Avanti, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
6. „Anthems of Hate“ der Gruppe „Natural born Killers“, Barbed Wire Corporation, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil B].
7. „Auftrag Deutsches Reich“ der Gruppe „Stahlgewitter“, PC Records, Chemnitz, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
8. „Aus dem Führerhauptquartier – Teil 2“, E. Hocheder & Co. KG, Excelsior Schallplatten, Düsseldorf (Firma erloschen), BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
9. „Aus dem Ghetto in die Bewegung“ der Gruppe „Haupt Kampf Linie“, V7 Versand, Plüschow, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
10. „Awfully raw ... 8 years later“ der Gruppe „White Wash“, Pure Hate Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
11. „Best of 95–01“ der Gruppe „Spreegeschwader“, Joe Hawkins Versand, Berlin, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
12. „Best of the Bully Boys 1984–1999“ der Gruppe „Bully Boys“, Panzerfaust Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil B].
13. „besten Soldaten III, Die/The best Soldiers III“, Sampler, Ragnarök Records, Karlsruhe, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil A].
14. „Blitzkrieg“ der Gruppe „Blitzkrieg“, PC Records, Chemnitz, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil A].
15. „Blod & Ära – En svensk salut till Skrewdriver“, Sampler, Midgard Records, Göteborg/S, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
16. „Blood & Honour Volume One“, Sampler, B & H Denmark, Anschrift unbekannt, ISD Records, Lancaster/USA, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
17. „Blood & Honour Hellas Volume 1“, Sampler, Blood & Honour Records Hellas, Athen/GR, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
18. „Blood & Honour Volume Two“, Sampler, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil B].

19. „Blood & Honour Vol. 4“, Sampler, Hate Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
20. „Day of Reckoning“ der Gruppe „Dying Breed“, Panzerfaust Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil B].
21. „Day of the Rope Vol. 2“, Sampler, Strong Survive Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil B].
22. „Demo“ der Gruppe „Schwarzgraue Wölfe“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 224 vom 30. November 2007 [Listenteil B].
23. „Endast mörker?“ der Gruppe „Triskelon“, Nordland, Stockholm/S, BAnz. Nr. 21 vom 31. Januar 2007 [Listenteil A].
24. „Es hat begonnen“ der Gruppe „Skalinger“, Front Records, Wurzzen, BAnz. Nr. 118 vom 29. Juni 2007 [Listenteil A].
25. „Everything’s Kosher“ der Gruppe „People Haters“, Panzerfaust Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil B].
26. „Extremist“ des Interpreten „Carl Klang“, Carl Klang, Colton/USA, BAnz. Nr. 21 vom 31. Januar 2007 [Listenteil A].
27. „Faith and Fury“ der Gruppe „Mistreat“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 224 vom 30. November 2007 [Listenteil B].
28. „Feuersturm“, Gruppe unbekannt, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
29. „Final Stand“ der Gruppe „Nordic Thunder“, Finalstand, Newmark/USA, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
30. „Frontsoldat“ der Gruppe „Frontsoldat“, Midgard Records, Göteborg/S, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil A].
31. „Fuck America! The Demos“ der Gruppen „Ethnic Cleansing“ und „Stuka“, Toothless Yid Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
32. „Gegenwind“ der Gruppe „Kraftschlag“, Funny Sounds GmbH, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
33. „Guess who’s coming for seconds“ der Gruppe „TW 88“, GBNAR Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil B].
34. „Hail C 18“ der Gruppe „Straftat“, Frontline Records, Los Angeles/USA, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
35. „Hail the new dawn“ der Gruppe „Skrewdriver“, VGR GmbH, Düsseldorf, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil A].

36. „Hass auf die Straßen tragen, Den“ der Gruppe „Kategorie 18“, Wotan Records/V7 Versand, Plüschow, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
37. „Hass schürender Lärm II“ der Gruppen „Die Barbaren“, „Aryan Brotherhood“, „Macht & Ehre“, PC Records, Chemnitz, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil A].
38. „Helden für Deutschland“ der Gruppe „Tonstörung“, WTV, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil B].
39. „Hellas Attakk – Hellenic White Power Forces Volume 1“, Sampler, Unisound Records, Athen/GR, BAnz. Nr. 118 vom 29. Juni 2007 [Listenteil B].
40. „Hellenic Ukrainian Friendship“, Sampler, Patriot Records, Estland, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil B].
41. „Heroes and Hooligans“ der Gruppe „Razors Edge“, ISD Records, Lancaster/USA, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
42. „Ich lauf Amok“ der Gruppe „Kurzschluss“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 21 vom 31. Januar 2007 [Listenteil B].
43. „ISD Australian Memorial 2003“, Sampler, H & Store, Wismar, BAnz. Nr. 224 vom 30. November 2007 [Listenteil A].
44. „Jetzt geht's los – Now it begins“, Sampler, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil B].
45. „Kampf dem Weltfeind“ der Gruppe „E.d.R. (Enkel des Reiches)“, Barbarossa Records, Sangerhausen, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil A].
46. „Land meiner Träume“ der Gruppe „Yggdrasil“, Mjöltnir-Versand 6 Verlag GmbH, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil B].
47. „Let the battle beginn ...“, Sampler, E.D.A. Propaganda, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil A].
48. „Lieder von allen Fronten“, Originalaufnahmen 1939–1945, N.I.P. Agentur Stuttgart, BAnz. Nr. 192 vom 14. Oktober 1982, Folgeindizierung gemäß § 21 Abs. 5 Nr. 3 JuSchG, N.I.P. Agentur, Stuttgart, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
49. „Live“ der Gruppe „Endlöser“, Gjallahorn Klangschmiede, Ludwigshafen, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil A].
50. „Live in Budapest 1995.09.30“ der Gruppe „Squadron“, B & H Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil A].

51. „Live in Club Valhalla“ der Gruppe „Kraftschlag“, NS Records, Frederiksberg/D, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil B].
52. „Live in Denmark 98“ der Gruppe „Nordfront“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil B].
53. „Mein letzter Gruß gilt dem Führer“ des Interpreten „Daniel Eggers“, Werwolf Records/H8 System, Helsinki/FIN, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil B].
54. „Monkey Parade“ der Gruppen „White Warriors“ und „Gungnir“, LEL-Records/H, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil B].
55. „More Hate 88“, Sampler, More Hate Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
56. „Niemals“ der Gruppe „Stimme der Vergeltung“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil B].
57. „Nothung & Agitator“ der Gruppe „Deutschschwedisches Freikorps“, W & B Records, Fretterode, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
58. „Piwnoi Putsch (Bierputsch)“ der Gruppe „Zirjulnja im. Kotowskogo“, Evil Barber Records, Nikolaev-UA, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil B].
59. „Politiker auf Kneipentour“ der Gruppe „Zensur“, Funny Sounds & Vision GmbH, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil B].
60. „Race over all“ der Gruppe „Valhallas Patriots“, Race over all Productions, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 118 vom 29. Juni 2007 [Listenteil A].
61. „Rage“ der Gruppe „The Voice“, White Terror Records, St. Paul/USA, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil B].
62. „Reichs songs vol. one“ der Gruppe „Achtung Juden“, NSM Records, Minneapolis/USA, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil B].
63. „Reichs songs vol. two – The Knights of Mary Phagan“ der Gruppe „Achtung Juden“, NSM Records, Minneapolis/USA, BAnz. Nr. 118 vom 29. Juni 2007 [Listenteil B].
64. „Schatten der Vergangenheit“ der Gruppe „Offensive“, Rock Nord, Langenfeld, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil B].
65. „Schriek of the multilated“ der Gruppe „Grinded Nig“, BHS, Budapest/H, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil B].
66. „Schulhof CD – 60 Minuten Musik gegen 60 Jahre Umerziehung“, Sampler, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil B].

67. „Soundtrack zur Revolution – Comat 18 is our choice & music is our voice“ der Gruppe „Weisse Wölfe“, Front Records, Wurzen, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
68. „Stormtrooping“ der Gruppe „Southern Storm“, Scythian Services, Oyster Bay/AUS, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil B].
69. „Straight arm salute“ der Gruppe „Achtung Juden“, Verboten Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil A].
70. „Sturmabende“ der Gruppe „Arische Jugend“, Arische Jugend, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 118 vom 29. Juni 2007 [Listenteil B].
71. „Sturm über Deutschland“, Sampler, Arisches Reich Productions, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil B].
72. „Swedish German Friendship“ der Gruppen „Steelcapped Strength“ und „Volkszorn“, Last Resort Records, Anschrift unbekannt, Clockwork Records/Moeske, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
73. „Take the Sword“ der Gruppe „Squadron“, Rock-o-Rama Grenzenlos Ltd., Rees, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
74. „Terror State“ der Gruppe „Storm“, Midgard Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil A].
75. „The Fate of my Race (Das Schicksal meiner Rasse) (Originaltitel in Russisch)“ der Gruppe „Vandal“, Eastbound Kettletrain Records c/o Solidarity Records Russland, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil A].
76. „Thuringian Pagan Madness“ der Gruppe „Absurd“, Black Sun Productions, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A] (Indizierung aufgehoben, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007, Neuverhandlung in Kürze).
77. „Tribute to Hammer Joe Rowan“, Sampler, Rage Records, Sydney/AUS, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil B].
78. „Triumph des Willens“ der Gruppe „Branikald“, Totenkopf Propaganda, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].
79. „Unbelehrbar“ der Gruppe „Sturm 18“, PC Records, Chemnitz, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil A].
80. „Under the Gods“ der Gruppe „No Remorse“, No Remorse, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil A].

81. „Vento do Norte“ der Gruppe „Guarda de Honra“, Brotherhood Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 182 vom 27. September 2007 [Listenteil A].
82. „Vier gewinnt“ der Gruppe „Die faschistischen Vier“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 241 vom 28. Dezember 2007 [Listenteil B].
83. „Vogtland“ der Gruppe „Haftbefehl“, Vertreiber unbekannt, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
84. „Wahnsinn geht weiter, Der“ der Gruppe „Sturmkommando“, Pure Hate Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil B].
85. „Wake up“ der Gruppe „Totenkopf Saints“, White Rider Records, Dawson Springs/USA, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil B].
86. „Waterloo Live '92 – In Memory of Ian“, Sampler, ISD Records, Lancaster/USA, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil A].
87. „We will rock you – Das Beste aus 2005“, Sampler, Panzerbär Records Joe Hawkins Versand, Berlin, BAnz. Nr. 80 vom 27. April 2007 [Listenteil A].
88. „White Terror – Compilation Number 1 – Declaration of War!“, Sampler, White Terror Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 118 vom 29. Juni 2007 [Listenteil B].
89. „Who cares“ der Gruppe „H.M.F. (Hets Mot Folkgrupp)“, NSM Records, Minneapolis/USA, BAnz. Nr. 163 vom 31. August 2007 [Listenteil B].
90. „Wir geben Gas“ der Gruppe „Endlöser“, V7 Versand, Plüschow, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil B].
91. „Zemsta za zdrade“ der Gruppe „Battlefield“, Ultima Records, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 140 vom 31. Juli 2007 [Listenteil A].
92. „Zu Gast bei uns“, Sampler, www.kraftschlag.biz, Syke, BAnz. Nr. 41 vom 28. Februar 2007 [Listenteil B].

DVD/Video-CD

1. „Greven – Live 2006“, DVD, Streetfighting Crew Productions, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 204 vom 31. Oktober 2007 [Listenteil A].
2. „Jud Süß“ (dt. mit engl. Untertiteln), DVD, NS88 Video Division, Richardson/USA, BAnz. Nr. 63 vom 30. März 2007 [Listenteil B].
3. „SA Mann Brand – Ein Lebensbild aus unseren Tagen“, DVD, Video War Unlimited, Anschrift unbekannt, BAnz. Nr. 99 vom 31. Mai 2007 [Listenteil A].
4. „Zur Lage der Nation“, Video-CD, Horst Mahler, Ebersberg, BAnz. Nr. 224 vom 30. November 2007 [Listenteil B].

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

76. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Auf welcher Datenbasis mit welchem Bezugszeitraum wird das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene bis 31. März 2008 fertigzustellende Gutachten zu den Auswirkungen der Übergangsregelung bei Einführung des Gesundheitsfonds gemäß § 272 Abs. 4 SGB V erstellt?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Theo Schröder vom 26. März 2008

Das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Gutachten wird auf der Grundlage von GKV- und RSA-Statistiken (GKV: gesetzliche Krankenversicherung, RSA: Risikostrukturausgleich) des Jahres 2006 sowie Schätzungen der Gutachter erstellt und wird auf dieser „Was wäre wenn“-Annahme das notwendige Instrumentarium für die Erhebung der Daten und die Messung möglicher regionaler Verschiebungen liefern, denen dann u. a. die am 31. Dezember 2008 geltenden Beitragssätze sowie der bis zum 1. November 2008 von der Bundesregierung festzusetzende Beitragssatz für die GKV im Jahr 2009 zugrunde liegen werden.

77. Abgeordneter
Daniel Bahr
(Münster)
(FDP)
- Inwieweit ist garantiert, dass die in den Bundesländern unterschiedlich hohen Leistungsausgaben einschließlich der aus der Reform der ärztlichen Vergütung resultierenden Veränderungen adäquat berücksichtigt werden, und wie wird sichergestellt, dass die Auswirkungen auf die einzelnen Krankenkassen gesondert nach den Bundesländern für das Jahr 2009 unter Berücksichtigung der mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz beschlossenen Änderungen zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, zum Gesundheitsfonds und zum einheitlichen bundesweiten Beitragssatz korrekt ermittelt werden, obwohl die finanziellen Auswirkungen der Neuverteilung der Finanzmittel auf die einzelnen Krankenkassen noch gar nicht absehbar sind, weil bis zur Abgabe des Gutachtens weder die Arbeiten zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich abgeschlossen sein werden, noch die Höhe des Beitragssatzes ab dem 1. Januar 2009 bekannt ist?

Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Theo Schröder vom 26. März 2008

Aufgabe des Gutachtens ist es gemäß § 272 Abs. 4 SGB V insbesondere, Verfahrensvorschläge zur Lösung von Umsetzungsfragen der

Konvergenzklausel zu unterbreiten – gewissermaßen ein Messinstrument für die in § 272 SGB V angesprochenen Transferwirkungen zu liefern – sowie die länderbezogenen Transferwirkungen vorläufig und modellhaft zu quantifizieren. Dazu ist durch die 16. RSA-Änderungsverordnung ein Abgabetermin zum 31. März 2008 vorgesehen, um das Nähere zur Umsetzung rechtzeitig bis zum Herbst 2008 in einer weiteren RSA-Änderungsverordnung regeln zu können.

Im Gutachten werden Leistungsausgaben nicht direkt berücksichtigt, sie fließen aber indirekt über die Höhe der landesbezogenen (fortgeschriebenen) Einnahmen ein, da diese Einnahmen auf den Beitragssätzen der Krankenkassen am 31. Dezember 2008 aufsetzen.

Das Gutachten wird Vorschläge für das notwendige Instrumentarium liefern, mit dem ab 2009 mögliche regionale Verschiebungen gemessen werden können und ggf. auf eine Veränderung zum Status quo des Jahres 2008 in Höhe von 100 Mio. Euro pro Land und Jahr begrenzt werden können.

Die Gutachter können den nach § 71 Abs. 3 SGB V fortgeschriebenen Einnahmen die prospektiv zu erwartenden Ausgaben der GKV gegenüberstellen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Krankenkassen unter Berücksichtigung der mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz beschlossenen Änderungen zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, zum Gesundheitsfonds und zum einheitlichen bundesweiten Beitragssatz werden durch das Bundesversicherungsamt im Herbst 2008 auf der Grundlage der von den Krankenkassen nach § 34 der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung zum 15. August 2008 erstmals gelieferten Daten auch gesondert nach den Bundesländern rechtzeitig berechnet werden, um in die Haushaltsplanung der Krankenkassen einfließen zu können.

78. Abgeordneter
Dirk Manzewski
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die in der ARD-Sendung „plusminus“ am 5. Februar 2008 behaupteten Zahlen in Bezug auf eine steigende Anzahl von Betrugsfällen im Gesundheitswesen zutreffend sind und ob die Schäden, die den gesetzlichen Krankenkassen hierdurch entstehen, tatsächlich ebenfalls in dem dort beschriebenen Maße ansteigen?
79. Abgeordneter
Dirk Manzewski
(SPD)
- Wenn ja, kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welchen Anteil Ärzte, Apotheker, Patienten oder andere im Gesundheitsbereich Tätige an diesen Betrugsfällen haben bzw. wer Hauptverantwortlicher hierfür ist?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 26. Februar 2008**

Exakte belastbare Angaben über die Zahl von Betrugs- und Fehlverhaltensfällen im Gesundheitswesen und über die Höhe der hierdurch verursachten jährlichen materiellen Schäden liegen dem Bundesministerium für Gesundheit nicht vor. Dies gilt auch für die Frage, welchen Anteil Ärzte, Apotheker, Patienten und andere im Gesundheitswesen Tätige an den Betrugsfällen haben. Missbrauch kann grundsätzlich in allen Bereichen des Gesundheitswesens vorkommen.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass eine höhere Zahl aufgedeckter Betrugs- und Fehlverhaltensfälle auch Folge einer höheren Aufklärungsquote, etwa aufgrund der Tätigkeit der Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen oder der Schwerpunkte der Ermittlungsstellen sein kann, aber nicht zwangsläufig auf eine höhere kriminelle Energie der Betroffenen hindeutet. Es ist ferner davon auszugehen, dass insbesondere in den letzten Jahren dank moderner EDV mit einer zentralisierten Datenerfassung und der systematischen Auswertung von Abrechnungen deutliche Fortschritte bei der Aufdeckung von Betrugs- und Fehlverhaltensfällen zu verzeichnen sind.

80. Abgeordneter Plant die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur weiteren Vermeidung derartiger Betrugsfälle, und wenn ja, welche?
Dirk
Manzewski
(SPD)

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Marion Caspers-Merk
vom 26. Februar 2008**

Seit dem Inkrafttreten des GKV-Modernisierungsgesetzes zum 1. Januar 2004 sind die Krankenkassen und ihre Spitzenverbände – wenn angezeigt, auch die Landesverbände der Krankenkassen – verpflichtet, organisatorische Einheiten einzurichten, die der Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen dienen. Diese Aufgabe ist in § 197a SGB V verankert. Kassenärztliche Vereinigungen und deren Bundesvereinigungen sind nach § 81a SGB V ebenfalls zur Bildung derartiger Stellen verpflichtet. Über die Arbeit und die Ergebnisse der Stellen hat der Vorstand im Abstand von zwei Jahren das jeweilige Selbstverwaltungsorgan schriftlich zu unterrichten. Der Bericht ist der jeweils zuständigen Aufsichtsbehörde zuzuleiten.

Vertiefte Erkenntnisse über die Entwicklung und das Wirken der Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen sind mit den Berichten für den Zeitraum 2006 bis 2007 zu erwarten, die den jeweiligen Aufsichtsbehörden derzeit vorgelegt werden. Die Auswertung der anstehenden Berichte bleibt abzuwarten.

Zusätzlich hierzu wird die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte einen maßgeblichen Beitrag dafür leisten, Betrugsfälle ein-

zudämmen. Da es sich bei der elektronischen Gesundheitskarte um eine Prozessorkarte handelt, die kopiergeschützt und fälschungssicher ist, bei Beendigung des Mitgliedschaftsverhältnisses gesperrt werden kann und zusätzlich mit einem Lichtbild versehen ist, kann mittels dieser Funktionalitäten die missbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen deutlich vermindert werden.

81. Abgeordneter
**Carsten
Müller
(Braunschweig)
(CDU/CSU)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeit geltende Gesetzeslage gemäß § 95 Abs. 7 Satz 3 SGB V, wonach die Zulassung ab 1. Januar 1999 am Ende des Kalendervierteljahres, in dem der Vertragsarzt sein 68. Lebensjahr vollendet, endet, und inwiefern sieht die Bundesregierung einen diesbezüglichen Handlungsbedarf, insbesondere vor dem aktuellen Hintergrund des generellen Ärztemangels, gerade auch in ländlichen Gebieten, der Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung und damit der Leistungsfähigkeit sowie der Anhebung des Renteneintrittsalters in der gesetzlichen Rentenversicherung?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Klaus Theo Schröder
vom 26. März 2008**

Die gesetzliche Regelung zur Altersgrenze von Vertragsärztinnen und -ärzten für das Ende der vertragsärztlichen Tätigkeit ist im Rahmen der Beratungen zu dem am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Vertragsarztrechtsänderungsgesetz eingehend erörtert worden. Im Hinblick auf die in der Frage angesprochene Gefahr eines Ärztemangels in bestimmten Regionen hat der Gesetzgeber entschieden, die Altersgrenze in den Fällen aufzuheben, in denen der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen festgestellt hat, dass in einem bestimmten Gebiet eines Zulassungsbezirks eine ärztliche Unterversorgung eingetreten ist oder unmittelbar droht. Das Bundessozialgericht hat vor wenigen Wochen (Urteil vom 6. Februar 2008 – B 6 KA 41/06 R) noch einmal grundsätzlich entschieden, dass die Altersgrenze sowohl mit Verfassungs- als auch mit europäischem Recht vereinbar ist.

Von einem generellen Ärztemangel in Deutschland kann im Übrigen nicht die Rede sein, weil sowohl die Zahl der in der stationären Versorgung als auch die Zahl der in der ambulanten Versorgung tätigen Ärzte ständig anwächst. Zutreffend ist allerdings, dass es schwieriger wird, in manchen ländlichen Gegenden frei werdende Hausarztstellen und in Einzelfällen auch frei werdende Facharztstellen zu besetzen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

82. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- In welcher Form und mit welchem Erfolg hat sich die Bundesregierung im Vorfeld der anstehenden Tagung des europäischen Verkehrsministerrates am 7. und 8. April 2008 für die Interessen der deutschen Bustouristik, der Omnibusunternehmer und der dort beschäftigten Arbeitnehmer angesichts der Forderung nach Wiedereinführung der sog. 12-Tage-Regelung eingesetzt?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth
vom 20. März 2008**

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung gebeten, bis zum Ende der Legislaturperiode einen Bericht zum Thema vorzulegen (Bundestagsdrucksache 16/1900). Zur Vorbereitung dieses Berichtes hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein Gutachten in Auftrag gegeben; die Ergebnisse werden Ende des Jahres 2008 erwartet.

Die Europäische Kommission hat ebenfalls eine Untersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse auch Ende 2008 erwartet werden.

83. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise und aufgrund welcher Erwägungen wird die Bundesregierung als 100-prozentige Anteilshalterin an der Deutschen Bahn AG (DB AG) auf deren Vorstand einwirken, damit dieser veranlasst, dass der Ausstellung „Zug der Erinnerung“, die an die Deportationen von Jüdinnen und Juden auf der Reichsbahn und an die Geschäfte, die die Reichsbahn mit der Deportation gemacht hat, erinnert, anders als offenbar bislang vorgesehen (vgl. STUTTGARTER ZEITUNG ONLINE, 15. Februar 2008), keine Gebühren für die Präsentation auf den Bahnhöfen in Rechnung gestellt werden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth
vom 18. März 2008**

Die verkehrspolitischen Sprecher aller Fraktionen des Deutschen Bundestages haben sich mit Schreiben vom 15. Januar 2008 an den Vorstandsvorsitzenden der DB AG gewandt und darum gebeten, dass die DB AG Holding den „Zug der Erinnerung“ mit einer Spende in Höhe der von der DB Netz AG erhobenen Gebühren unterstützt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat mehrfach deutlich gemacht, dass es die Initiative der verkehrspolitischen Sprecher begrüßt. Das BMVBS hat zudem den Aufenthalt des

„Zuges der Erinnerung“ in der Hauptstadt Berlin“ mit einem Beitrag in Höhe von 15 000 Euro unterstützt. Ob die DB AG dieser Bitte nachkommt, obliegt einzig und allein ihrer unternehmerischen Entscheidung. Der Bund kann der DB AG entsprechend der geltenden Rechtslage – trotz seiner Funktion als Alleineigentümer – keine zwingenden Vorgaben zum unternehmerischen Umgang mit dem „Zug der Erinnerung“ machen.

84. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Diesel-Pkw wurden seit dem 1. Januar 2006 pro Monat mit Partikelminderungssystemen (PMS) nachgerüstet (Angaben bitte für jeden einzelnen Monat), und ist der Bundesregierung bekannt, dass einige Hersteller von PMS aufgrund der – infolge der öffentlichen Diskussion um nichtfunktionsfähige PMS – zuletzt noch schleppender verlaufenden Nachrüstung erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 14. März 2008

Informationen darüber, wie viele Diesel-Pkw seit dem 1. Januar 2006 pro Monat mit Partikelminderungssystemen nachgerüstet worden sind, liegen weder im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung noch im Kraftfahrt-Bundesamt vor. Die Gesamtzahl der mit einem Partikelminderungssystem nachgerüsteten älteren Diesel-Pkw beträgt rund 170 000.

85. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das in der Debatte am 13. März 2008 im Plenum zu TOP 20 (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erwerbsarmut verhindern – Einkommen stärken – Wohngeld jetzt verbessern (Bundestagsdrucksache 16/8053)) mehrfach von den Koalitionsfraktionen erwähnte Konzept zur Wohngelderhöhung vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, vom 22. Februar 2008 auch den Oppositionsfraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Form eines Entwurfs oder einer Bundestagsdrucksache vorgelegt?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 20. März 2008

Es ist beabsichtigt, das Konzept zur Wohngelderhöhung mit dem bereits vorliegenden Regierungsentwurf zum Wohngeld-Neuregelungsgesetz kurzfristig zu verbinden (vgl. Bundestagsdrucksache 16/6543).

86. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) zwischen Bund und DB AG den Ansprüchen des Schienengüterverkehrs (Mindestreisegeschwindigkeiten, Zuverlässigkeit, Kapazitätsreserven) gerecht, und wie sollen darin Konflikte mit dem Schienenpersonennahverkehr und Schienenpersonenfernverkehr harmonisch gelöst werden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth
vom 17. März 2008**

Betriebsprogramme im Schienengüterverkehr gehören nicht zum Regelungsgegenstand der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung. Trassenkonflikte zwischen Schienengüterverkehr, Schienenpersonennahverkehr und Schienenpersonenfernverkehr sind weiterhin von der Bundesnetzagentur zu regulieren.

87. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Reaktivierung zweigleisiger Abschnitte oder von Überholgleisen als Neubaumaßnahme oder im Rahmen der LuFV finanziert, und welche Anforderungen stellt die LuFV an die DB Netz AG, (Industrie-)Anschlussgleise an ihr Netz anzubinden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth
vom 17. März 2008**

Reaktivierungen zweigleisiger Abschnitte oder von Überholgleisen im Rahmen von Vorhaben des Bedarfsplanes für die Bundesschienenwege werden auch nach dem Abschluss einer LuFV weiterhin aus den für die Umsetzung des Bedarfsplanes zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert, während entsprechende Maßnahmen außerhalb des Bedarfsplanes aus dem Planfonds der LuFV finanziert werden müssen.

Für die Behandlung von Anschlussgleisen gilt auch nach Abschluss einer LuFV weiterhin § 13 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes.

88. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche baulichen Mängel haben sich an den Gebäuden des Bundes, der Botschaft in Washington, des Auswärtigen Amts in Berlin, des Hauses der Geschichte in Bonn sowie des Sitzes des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin in den vergangenen zwei Jahren ergeben, und in welcher finanziellen Höhe liegen die Kosten zur Beseitigung dieser Mängel?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth
vom 20. März 2008**

Bei den konkret angesprochenen Liegenschaften in Washington, Bonn und Berlin werden derzeit umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt bzw. aktuell vorbereitet.

Die Kanzlei der deutschen Botschaft in Washington wurde 1966 nach den damaligen Anforderungen und Standards geplant. Das Gebäude entspricht deshalb nicht den heutigen bauphysikalischen Anforderungen.

Bei der nun geplanten großen Baumaßnahme handelt es sich um die erste umfassende Sanierung und Modernisierung seit Errichtung des Gebäudes. Ein wichtiger Teil wird auch die vorenergetische Optimierung des Gebäudes sein. Die in Vorbereitung befindliche Haushaltsunterlage umfasst für die Gesamtsanierung (ohne Zwischenunterbringung) Kosten in Höhe von rund 30 Mio. Euro.

Beim Haus der Geschichte in Bonn sind nach der Errichtung massive Mängel an den Lichtdecken bzw. den Dachkonstruktionen erkennbar geworden. Die Schäden sind auf Planungs- und Überwachungsdefizite der beauftragten Planer und auf Ausführungsfehler der beauftragten Ausführungsfirmen zurückzuführen. Entsprechende Gerichtsverfahren wurden frühzeitig eingeleitet und sind noch anhängig.

Zu den Kosten kann derzeit noch keine verbindliche Aussage gemacht werden.

Beim Bauteil C des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin sind nach Übergabe gravierende Mängel festgestellt worden. Die Mängelbeseitigung wird im Wege der Ersatzvornahme vorgenommen. Dies erfolgt zurzeit in einer konzentrierten Baumaßnahme mit einem Kostenvolumen von ca. 25 Mio. Euro.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages mehrfach ausführlich über die aufgetretenen Mängel, die rechtlichen Auseinandersetzungen und die eingegangenen Vergleiche unterrichtet. Auf diese Berichte wird verwiesen.

Bei der Liegenschaft des Auswärtigen Amtes in Berlin (Altbau) wurde 2007 festgestellt, dass die Abhängung von 8 000 m² Gipskartondecken mit Mängeln behaftet ist. Näheres – auch zur Verursachung und Haftung – wird derzeit durch ein selbständiges Beweisverfahren gerichtlich geklärt.

89. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wie hat sich insgesamt der durchschnittliche CO₂-Ausstoß von in Deutschland zugelassenen Neuwagen seit 1995 entwickelt und im Speziellen der CO₂-Ausstoß von Neuwagen, die von deutschen Herstellern produziert wurden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 27. März 2008

Gemäß dem CO₂-Monitoring (Entscheidung 1753/2000/EG der Kommission) müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission einmal jährlich bis zum 1. April die durchschnittlichen CO₂-Emissionen von Pkw übermitteln. In Deutschland werden die CO₂-Werte von Pkw bereits seit 1998 vom Kraftfahrt-Bundesamt erfasst. Für davor liegende Zeiträume liegen keine CO₂-Werte vor.

Im Zeitraum von 1998 bis 2007 sind die durchschnittlichen spezifischen CO₂-Werte aller in Deutschland neu zugelassenen Pkw um 19,1 g/km gesenkt werden. Das entspricht einer Reduzierung der CO₂-Emissionen um 10,1 Prozent. Die Werte lauten wie folgt:

Jahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
CO ₂ (g/km)	188,6	184,6	182,1	179,5	177,5	175,9	174,8	173,3	172,5	169,5

Bezogen auf alle deutschen Hersteller liegen die Daten in digitalisierter Form nur ab dem Jahr 2003 vor. Danach hat sich im Zeitraum 2003 bis 2007 der Durchschnittswert wie folgt geändert:

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007
Deutsche Hersteller CO ₂ (g/km)	177,9	177,5	175,0	176,5	173,0

90. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Handelt es sich bei den Kostensteigerungen bei der Ortsumfahrung Ebersberg im Zuge der Bundesstraße 304 in Höhe von 12 Mio. Euro um erhebliche Abweichungen im Sinne von § 54 Abs. 1 der Bundeshaushaltsordnung (BHO), und inwieweit stellen diese Kostensteigerungen einen unvorhergesehenen und unabwendbaren Bedarf im Sinne von § 37 BHO dar?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 13. März 2008

Bei den Kostensteigerungen bei der Ortsumfahrung Ebersberg handelt es sich um erhebliche Abweichungen im Sinne von § 54 Abs. 1 BHO, da sie mehr als 15 Prozent betragen, mit denen aber der im Haushaltsplan vorgesehene Ansatz nicht überschritten werden muss.

91. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Zugkilometer umfasste das Angebot im Schienenpersonenfernverkehr der bundeseigenen Deutschen Bahn AG im Jahr 2007, und wie viele Zugkilometer umfasste das Angebot im Schienenpersonenfernverkehr der bundeseigenen Deutschen Bahn AG im Jahr 1999?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth
vom 19. März 2008**

Nach Angaben der für das Angebot im Schienenpersonenfernverkehr unternehmerisch verantwortlichen Deutschen Bahn Fernverkehr AG betragen die Betriebsleistungen 137,6 Mio. Zugkilometer im Jahr 2007 und 157,3 Mio. Zugkilometer im Jahr 1999.

Die Entwicklung der Personenbeförderungsleistung (in Personenkilometern) im gleichen Zeitraum folgt der Absenkung der Betriebsleistung (in Zugkilometern) nicht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Verkehrsleistung der Eisenbahnen von 73,8 Mrd. Personenkilometern (davon 34,9 Mrd. Pkm Fernverkehr und 38,9 Mrd. Pkm Nahverkehr) im Jahr 1999 auf voraussichtlich 78,3 Mrd. Personenkilometer (davon 34,3 Mrd. Pkm Fernverkehr und 44 Mrd. Pkm Nahverkehr) im Jahr 2007.

Aus der Differenz der Betriebsleistung (in Zugkilometern) kann nicht auf eine geringere Effizienz des Gesamtsystems geschlossen werden, wie die positive Entwicklung der Personenbeförderungsleistung (in Personenkilometern) verdeutlicht.

92. Abgeordneter
**Michael
Kauch**
(FDP)
- Trifft es zu, dass der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Energieversorgungsunternehmen schriftlich mitgeteilt hat, dass die Herausgabe des Gesamtenergieverbrauchs eines Gebäudes an den Eigentümer zur Erstellung eines Energiepasses (Verbrauchsform) ohne Zustimmung der Mieter nur dann zulässig sei, wenn die Zahl der Verbrauchseinheiten im Hause größer als vier sei, da sonst Rückschlüsse auf das Heizverhalten einzelner Energieverbraucher möglich seien?
93. Abgeordneter
**Michael
Kauch**
(FDP)
- Falls ja, wie kann dann ein Hauseigentümer mit drei Erdgaszählern im Hause, bei denen Mieter und Energieversorger Vertragspartner sind, von seinem bestehenden Wahlrecht beim Energiepass (Bedarfsform oder Verbrauchsform) Gebrauch machen, wenn die Zustimmung der Mieter aufgrund unbekanntem Verzug oder Todesfalls nicht mehr einholbar ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick
vom 13. März 2008**

Die Fragen 92 und 93 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nein. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat auf Anfrage mitgeteilt, er habe Energieversorgungs-

unternehmen keine solche Mitteilung gemacht, zumal dies inhaltlich in den Zuständigkeitsbereich der Länder falle.

94. Abgeordnete
Undine Kurth
(**Quedlinburg**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schutz- und Lenkungsmaßnahmen für Wildtiere – wie Wolf, Wildkatze, Luchs, Rothirsch – plant die Bundesregierung an der Autobahn 38, und wie wird die Bundesregierung überprüfen, ob diese Maßnahmen zu einer Barrierewirkung auf den genetischen Austausch der Populationen dieser Arten zwischen Südharz und nordthüringischen Wäldern führen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 25. März 2008

Die Belange von wandernden Tierarten wurden im Rahmen der Planfeststellungsverfahren berücksichtigt. Die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen wird durch die Auftragsverwaltungen Niedersachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt gewährleistet.

95. Abgeordnete
Maria Michalk
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen trifft die Bundesregierung als mehrheitlicher Anteilseigner an der Deutschen Bahn AG im Rahmen der Privatisierung der Bahn hinsichtlich des Erhalts der zweisprachigen Beschilderung der Bahnhöfe in der Lausitz, damit nicht ein weiterer Verlust der Rechte des sorbischen Volkes zu verzeichnen ist, wie zum Beispiel bei der Privatisierung der Deutschen Post AG durch Weglassen der zweisprachigen Bezeichnungen in der Lausitz im neuen Postleitzahlenbuch geschehen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 20. März 2008

Die DB Station & Service AG hat mitgeteilt, dass an Bahnhöfen in der Lausitz überwiegend auch die sorbischen Ortsnamen in der Beschilderung verwandt werden.

96. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der Praxis etlicher Luftverkehrsgesellschaften nach dem Urteil gegen eine sog. Billig-Fluglinie, das sie verpflichtet, auch schwer körperbehinderte Passagiere zu befördern, nunmehr ihrerseits quasi „Dienst nach Vorschrift“ zu machen und Gruppenreisen behinderter Menschen dadurch zu erschweren oder unmöglich zu machen, dass nicht mehr als zwei schwerbehinderte Passagiere pro Flug mitgenommen werden?

97. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche politischen, verwaltungsmäßigen oder sonstigen Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung – auch auf EU- und internationaler Ebene –, um dieser subtilen Form von Diskriminierung wirkungsvoll entgegenzutreten?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kasparick vom 27. März 2008

Die Fragen 96 und 97 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Verordnung (EG) Nr. 1107/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über die Rechte von behinderten Flugreisenden und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität beinhaltet unter anderem, dass ein Luftfahrtunternehmen grundsätzlich die Beförderung nicht aufgrund einer Behinderung oder aufgrund eingeschränkter Mobilität des Fluggastes verweigern darf. Ausnahmen sind nur zugelassen, soweit die geltenden Sicherheitsanforderungen dies erfordern oder wenn aufgrund der räumlichen Gegebenheiten an Bord die Beförderung physisch unmöglich ist.

Die Bundesregierung begrüßt das Anliegen der Verordnung und hat ihr zugestimmt. Die Praxistauglichkeit der Verordnung wird in einem von der Europäischen Kommission bis zum 1. Januar 2010 zu erstattenden Bericht beurteilt werden. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer Änderung der Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO), mit der unter anderem Ordnungswidrigkeitentatbestände eingeführt werden sollen, die eine Ahndung von Verstößen gegen die Verordnung ermöglichen.

98. Abgeordneter
Florian Toncar
(FDP)
- Mit welchem Ergebnis hat die von der Bundesregierung in ihrer Antwort vom 18. Februar 2008 auf meine schriftliche Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 16/8245 zugesagte „weitere Abstimmung“ mit der Stadt Böblingen zu dem in o. g. Frage angesprochenen Sachverhalt mittlerweile gegebenenfalls stattgefunden, und falls bisher keine Abstimmung stattgefunden haben sollte, warum nicht?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth vom 19. März 2008

Bisher hat keine Abstimmung zwischen den Vorhabensträgern stattgefunden, da die Ergebnisse der hierzu benötigten zeitaufwändigen Untersuchungen und Dokumentationen noch nicht vorliegen.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

99. Abgeordnete
**Undine
Kurth
(Quedlinburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Mit welchem Ziel verfolgt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Arbeit an einer Verordnung, die die Verfüllungen von Gruben bundesweit regeln soll (Mitteldeutsche Zeitung Nr. 62, 13. März 2008, S. 1), und wann ist mit der Vorlage der Verordnung zu rechnen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 19. März 2008**

Mit der Erarbeitung einer Verordnung zur Regelung des Einbaus von mineralischen Ersatzbaustoffen in technischen Bauwerken und zur Änderung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung kommt die Bundesregierung dem Wunsch der Länder und der betroffenen Kreise entgegen, bundeseinheitliche Regelungen u. a. für eine Verwendung von Materialien im Rahmen von Verfüllungsmaßnahmen zu schaffen. In dieser Verordnung sollen sowohl die Anforderungen aus Sicht des Bodenschutzes als auch die einer schadlosen Verwertung im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes definiert werden.

Es ist beabsichtigt, den Referentenentwurf nach der Sommerpause zu erstellen.

100. Abgeordneter
**Horst
Meierhofer
(FDP)**
- Falls dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), die in den Medien (z. B. FAZ, 14. März 2008, S. 2) berichteten Vorfälle bezüglich illegaler Müllentsorgung in Kies- und Tongruben (zuletzt in Sachsen-Anhalt) bekannt waren, was wurde seitens des BMU wann unternommen, um Schaden für die Umwelt abzuwenden?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller
vom 19. März 2008**

Im Frühjahr 2007 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Hinweise auf möglicherweise illegale Verfüllungen erhalten, die es an die betroffenen Länder im Hinblick auf deren Vollzugszuständigkeit weitergeleitet hat. Ferner hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) um Unterrichtung aller Bundesländer gebeten und um Anfrage, ob in den Ländern Informationen zu derartigen Verfüllpraktiken vorlägen. Darüber hinaus wurde angeregt, die Thematik zum Gegenstand der LAGA-Vollversammlung im September 2007 zu machen. Die LAGA hat zwischenzeitlich den Abfalltechnikausschuss (ATA) um Bericht über

alle Verfüllungen in Gruben und Tagebauen (Genehmigungsgrundlage, genehmigte Stoffe zur Verfüllung, Empfehlungen) gebeten, um mögliche illegale Vorgänge zu erkennen und Abhilfe zu schaffen. Dieser Bericht wird gegenwärtig abgestimmt und soll der nächsten LAGA-Vollversammlung am 16./17. April 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

101. Abgeordneter
**Horst
Meierhofer**
(FDP)
- Falls nach Kenntnis des BMU das Problem illegaler Abfallentsorgung im Tagebau oder in Tongruben tatsächlich in mehreren oder sogar in allen Bundesländern besteht, in welchen Bundesländern ist dies der Fall, und was denkt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in dieser Sache zu unternehmen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 19. März 2008

Dem o. a. Bericht des ATA, der unter Beteiligung des Länderausschusses Bergbau (LAB) erarbeitet wurde, ist zu entnehmen, dass in den Bundesländern Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt in insgesamt neun Abgrabungen der Einsatz von Abfällen mit der Schlüsselnummer 19 12 12 „Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen“ genehmigt ist. Nähere Einzelheiten dazu sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Die Zuständigkeit für den Vollzug des Abfallrechts sowie die Überwachung der Verfüllung von Abgrabungen liegt bei den Bundesländern nach Artikel 83 GG. Sofern illegale Praktiken der Abfallentsorgung festgestellt werden, haben die zuständigen Landesbehörden die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört ggf. auch die strafrechtliche Verfolgung. Die Bundesregierung verfügt hier über keine Kontroll- oder Weisungsbefugnisse. Vor diesem Hintergrund liegen der Bundesregierung auch keine eigenen Erkenntnisse über die Verfüllpraxis in den einzelnen Bundesländern vor.

Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen der Arbeiten der LAGA und des LAB weiterhin dafür ein, dass sämtliche Verfüllgenehmigungen zeitnah überprüft und entsprechend den Erkenntnissen des Falles in Sachsen-Anhalt ggf. angepasst werden.

102. Abgeordneter
**Horst
Meierhofer**
(FDP)
- Wie sind in diesem Zusammenhang die abfallrechtlichen Genehmigungsgrundlagen, insbesondere im Rahmen des Bergrechts, gelagert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 19. März 2008

Die Verfüllmaßnahmen in Gruben und Tagebauen sind in den neuen Ländern in der Regel nach dem Bergrecht genehmigt; darüber hinaus basieren die Genehmigungen auf dem Immissionsschutz-, Bau- oder Naturschutzrecht. Hiervon zu unterscheiden sind Ablagerungen auf nach dem Abfallrecht genehmigten Deponien. Bei den in Rede stehenden Verfüllungen handelt es sich abfallrechtlich um eine Verwertungsmaßnahme – nicht jedoch um eine Ablagerung in oder auf einer Deponie.

103. Abgeordneter **Horst Meierhofer** (FDP) Sieht die Bundesregierung gesetz- oder verordnungsgeberischen Handlungsbedarf auf der Bundesebene oder Handlungsbedarf auf der Verwaltungsebene des Bundes oder der Länder, und wenn ja, in welcher konkreten Hinsicht?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Michael Müller vom 19. März 2008

Nach geltendem Recht ist die Verwendung ungeeigneter Abfälle bei Verfüllungsmaßnahmen unzulässig, selbst wenn sie formal genehmigt sein sollte.

Unabhängig von den gegenwärtig untersuchten Fällen erarbeitet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zurzeit eine Verordnung über den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technischen Bauwerken (Ersatzbaustoffverordnung) zusammen mit einer Verordnung zur Änderung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV).

Mit der Ersatzbaustoffverordnung sollen die Anforderungen an den Einbau von Bodenmaterial, Gleisschotter, Recyclingbaustoffen, Schlacken aus Verbrennungsanlagen sowie aus Hochöfen und Stahlwerken und von Gießereirestsanden im Tiefbau, Straßenbau und technischen Landschaftsbau – einschließlich der Verwendung zu technischen Zwecken in Gruben – bundeseinheitlich und rechtsverbindlich geregelt werden.

Mit der Änderung der BBodSchV sollen u. a. die Anforderungen an die Verfüllungsmaßnahmen geregelt werden. Die Verordnungen sollen die bisherigen, qualitativ unterschiedlichen, Länderregelungen ablösen und ihnen bundeseinheitliche Rechtsverbindlichkeit verleihen. Sie werden auch für den bergrechtlichen Vollzug verbindlich sein.

104. Abgeordneter **Carsten Müller** (Braunschweig) (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeit aus Sicherheitsgründen angenommene Lagerungsdauer für CO₂ in geologischen Speichern von lediglich 1 000 bis 10 000 Jahren vor dem Hintergrund, dass CO₂ durch Zeitablauf nicht abgebaut wird, wohingegen Radiotoxizität ent-

sprechend der Halbwertszeiten abnimmt, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen für die zukünftige verlässliche Energiegewinnung einschließlich der sicheren, energieträgerübergreifenden, langfristigen Endlagerungsmöglichkeiten und für den Klimaschutz- bzw. CO₂-Einsparungszielen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Astrid Klug
vom 27. März 2008**

Das Ziel der technischen Abscheidung und Speicherung von CO₂ in tiefen geologischen Formationen ist die vollständige und dauerhafte Einlagerung des CO₂. Das Langzeitverhalten von CO₂ in tiefen geologischen Formationen ist in seinen Grundzügen bekannt, Einzelheiten von Lösungs- und Umwandlungsreaktionen sind allerdings derzeit noch Gegenstand intensiver FuE-Arbeiten (FuE: Forschung und Entwicklung), die sowohl von der Bundesregierung als auch von der EU im Rahmen von Forschungs- und Pilotvorhaben gefördert werden.

Die Experten des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gehen davon aus, dass bei sachgemäß geführten Speicherbetrieben eingelagertes CO₂ in den Speichergesteinen des tieferen Untergrundes dauerhaft gespeichert bleibt. In ihrem Sonderbericht zur CO₂-Speicherung (Special Report on Carbon Dioxide Capture and Storage, Cambridge 2005) verweisen sie darauf, dass in geeigneten Speicherstätten „mit großer Wahrscheinlichkeit“ mehr als 99 Prozent des eingelagerten CO₂ über 1 000 Jahre innerhalb des Speichers verbleiben.

Wissenschaftler gehen weiterhin davon aus, dass in größeren Zeiträumen Wechselwirkungen zwischen dem eingelagerten CO₂, salinaren Formationswässern und umgebenden Gesteinen zur Immobilisierung des CO₂ durch die Bildung stabiler Karbonatverbindungen führen. Die mineralogische Bindung des CO₂ innerhalb der Gesteine bedingt somit auch einen „Abbau des CO₂“. Damit wird sich langfristig tendenziell die Gefahr von Leckagen aus den Speichermedien in die Atmosphäre weiter verringern.

Generall müssen nach Auffassung der Bundesregierung CO₂-Speicher so ausgelegt sein, dass die Leckageraten so gering wie möglich gehalten werden und keine Schäden für die Umwelt entstehen. Dies wird in den zu entwickelnden Sicherheitsstandards auch unter Beachtung der natürlichen CO₂-Abgabe aus dem Boden berücksichtigt. Bei einer angenommenen Leckagerate von 0,01 Prozent verbleiben 90 Prozent des gespeicherten CO₂ nach 1 000 Jahren und 40 Prozent nach 10 000 Jahren im Speicher. Damit werden Zeithorizonte erreicht, die an die natürlichen Schwankungen zwischen Kalt- und Warmzeiten in Europa heranreichen. Werden längere Zeiträume betrachtet, ist verstärkt mit kinetisch langsam ablaufenden Prozessen im Untergrund zu rechnen, wie z. B. Lösungsvorgängen in salinaren Aquiferen oder Immobilisierungsreaktionen, die zur Bildung von Karbonaten führen. Dadurch kommt es langfristig zu einer weiteren Reduzierung der CO₂-Leckagen aus den Speichern in die Atmosphäre.

Ein Vergleich zu Langzeitsicherheitsfragen bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle ist mit Blick auf die Radiotoxizität und die teilweise sehr langen Halbwertszeiten bestimmter natürlicher und künstlicher Radionuklide nicht sachgerecht.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

105. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand des Rückbaus des Mehrzweckforschungsreaktors (MZFR) im Forschungszentrum Karlsruhe, und kam es im Verlauf des Rückbaus zu meldepflichtigen Ereignissen?
106. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der im Entsorgungskonzept vorgesehenen Schritte sind abgearbeitet, welche stehen noch aus?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel vom 13. März 2008

Die Fragen 105 und 106 werden im Zusammenhang beantwortet.

Der Rückbau des Mehrzweckforschungsreaktors erfolgt in acht Schritten, die mit Teilstilllegungsgenehmigungen (SG) abgewickelt werden, die sich wie folgt darstellen:

Schritt 1 und 2:

Außerbetriebnahme aller nicht benötigten Systeme, Trocknung aller D₂O-Systeme, Reduzierung der weiterhin benötigten Hilfsanlagen, Abbau der Heizwasserversorgung.

Schritt 3:

Demontage der Kraftwerksanlage der Abwasseraufbereitung, der Notstromanlage und Abriss der Kühltürme.

Schritt 4:

Demontage der Reaktorhilfssysteme, Abbau des Sekundärsystems im Reaktorgebäude, Dekontamination des Primärsystems.

Schritt 5:

Abbau der Zaunanlage.

Schritt 6:

Demontage des Primärsystems und der Reaktorsysteme im Reaktorgebäude. Dekontamination, Freimessen und Aufhebung des Kontrollbereiches für die Gebäudeteile 916 und teilweise 918.

Schritt 7:

Fernbediente Demontage des Reaktordruckbehälters mit Einbauten.

Schritt 8:

Rückbau des aktivierten Teils des biologischen Schilts im Reaktor-
gebäude sowie Dekontamination und Abriss der Gebäude.

Der MZFR befindet sich derzeit in der Übergangsphase von der 7. zur 8. SG. Ende 2007 war der Reaktordruckbehälter mit seinen Einbauten (7. SG) komplett zerlegt und endlagergerecht verpackt. Die Genehmigungen zur 8. SG wurden am 31. Januar 2007 erteilt. Ziel des Vorhabens ist die Beseitigung der Anlage bis zur „grünen Wiese“. Das Projektende soll 2010 erreicht sein.

107. Abgeordnete Wie hoch sind die Kosten des Rückbaus, und
Sylvia wer trägt sie?
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel
vom 13. März 2008**

Nach der aktuellen Projektkostenschätzung (PKS) für den MZFR (Stand Oktober 2007) belaufen sich die Kosten auf rund 304 Mio. Euro bis zum geplanten Projektende 2010. Das Projekt wird zu 100 Prozent vom Bund finanziert.

108. Abgeordnete Wie haben sich die Kosten gegenüber der ur-
Sylvia sprünglichen Planung verändert, und gibt es
Kotting-Uhl Hinweise auf finanzielle Unregelmäßigkeiten
(BÜNDNIS 90/ im Zusammenhang mit dem Rückbau?
DIE GRÜNEN)

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel
vom 13. März 2008**

Die Projektkosten zum vollständigen Rückbau wurden erstmals 1994 auf rund 213 Mio. Euro geschätzt, bei einem geplanten Projektende 2006. Die Mehrkosten im Vergleich PKS 1994 zu PKS 2007 betragen rund 43 Prozent. Die Hälfte davon ergibt sich aus einer Preiseskalation (1. Januar 1994 bis 31. Oktober 2007) bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,5 Prozent pro Jahr.

Die übrigen Mehrkosten und der Zeitverzug von rund vier Jahren bis zum Projektende liegen in der hohen Komplexität des Rückbauprojektes begründet: Der technische Mehraufwand für die vollständige, fernbediente Demontage, Zerlegung und Verpackung der Bestandteile des Reaktordruckbehälters wurde bei diesem, in dieser Form weltweit erstmalig durchgeführten, Rückbauprojekt ursprünglich geringer eingeschätzt.

Weiterer Mehraufwand ergab sich durch vorher nicht abschätzbare Probleme bei der Dekontamination schwer zugänglicher Stellen.

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise auf finanzielle Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Rückbau des MZFR vor.

109. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)
- Welche Beweggründe haben das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung dazu veranlasst, den Förderantrag des Bundes türkisch-europäischer Unternehmer (BTEU) abzulehnen, vor dem Hintergrund, dass das Ziel der Förderung der „Ausbildungsbereitschaft in Unternehmen mit Inhaberinnen und Inhabern ausländischer Herkunft“ in der Programmstruktur „JOBSTARTER“ fest verankert sein sollte?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Andreas Storm vom 7. Februar 2008

Da die antragstellende Institution, der BTEU, beim Bundesinstitut für Berufsbildung gegen den Ablehnungsbescheid im Rahmen der dritten Förderrunde des Programms „JOBSTARTER“ Widerspruch eingelegt hat, bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich mich im laufenden Widerspruchsverfahren nicht zu den Details der Projektauswahl äußern kann. Hier bleibt das Ergebnis des Verfahrens abzuwarten. Unabhängig von diesem Einzelantrag ist und bleibt die Förderung der Ausbildungsbereitschaft in Unternehmen mit Inhaberinnen und Inhabern ausländischer Herkunft ein zentrales Ziel des JOBSTARTER-Programms, in dem bereits vielfältige Projekte mit entsprechendem Zweck gefördert wurden und werden.

110. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Zweck verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Förderung des Forschungsprojektes „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ der BMBF-Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“, in dessen Rahmen eine Umfrage unter anderem mit Fragen zu Eizellspende und Embryonenselektion stattfindet, und in welcher Höhe wurde oder wird dieses Projekt aus Bundesmitteln finanziert?

Antwort des Staatssekretärs Michael Thielen vom 20. März 2008

Der BMBF-Förderschwerpunkt „Ethische, rechtliche und soziale Aspekte in der modernen Medizin und der Biotechnologie (ELSA)“ soll die ethischen, rechtlichen und sozialen Auswirkungen neuer Ent-

wicklungen in den Lebenswissenschaften umfassend wissenschaftlich aufarbeiten und sachliche Beiträge zum gesellschaftlichen Dialog liefern. Innerhalb des Förderschwerpunktes dient das Instrument „Nachwuchsgruppe“ der nachhaltigen, strukturellen Verankerung der ELSA-Forschung an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen und soll den wissenschaftlichen Nachwuchs der deutschen Bioethikforschung gezielt stärken.

Die Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für eine Laufzeit von fünf Jahren (1. April 2006 bis 31. März 2011) gefördert. Der Finanzplan des Vorhabens sieht ein Gesamtfördervolumen in Höhe von 737 412 Euro vor. Das Forschungsvorhaben ist auf Basis einer öffentlichen Bekanntmachung von einem externen und unabhängigen Gutachterkreis positiv bewertet und zur Förderung empfohlen worden.

111. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird das Forschungsprojekt „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ der BMBF-Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“ zusätzlich zur Förderung durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch weitere Zuwendungen etwa von Seiten der öffentlichen Hand oder der Industrie gefördert, und um welche weiteren Zuwendungsgeber handelt es sich?

**Antwort des Staatssekretärs Michael Thielen
vom 20. März 2008**

Das Forschungsvorhaben „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“ wird im Rahmen des Förderschwerpunktes „Ethische, rechtliche und soziale Aspekte in der modernen Medizin und der Biotechnologie (ELSA)“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit einer Förderquote von 100 Prozent finanziert.

112. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann werden die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojektes „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ der BMBF-Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“, das in einem Fragebogen unter anderem die Einstellung zur in Deutschland verbotenen Eizellspende für Forschungszwecke und zur ebenfalls verbotenen Embryonenselektion abfragt, veröffentlicht, und steht die im Begleitschreiben der Forschungsgruppe genannte Absicht, mit diesen Ergebnissen solle „eine Diskussion der Thematik im wissenschaftlichen und öf-

fentlichen Kontext angeregt werden“ im Zusammenhang mit geplanten gesetzgeberischen Initiativen der Bundesregierung zum Embryonenschutz?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel vom 14. März 2008

Nach Auskunft des Projektleiters der vom BMBF geförderten Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“ wurde der Fragebogen „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ Anfang Februar 2008 versandt. Der Rücklauf soll Anfang April 2008 beendet werden. Die Auswertung der eingegangenen Fragebögen soll im Sommer 2008 erfolgen. Publikationen in wissenschaftlichen Fachjournalen sind daher frühestens im Herbst 2008 zu erwarten.

Die Bundesregierung plant keine gesetzgeberischen Initiativen zur Änderung des Embryonenschutzgesetzes.

113. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der 2007 durch die britische Behörde Human Fertilisation and Embryology Authority (HFEA) an die Universität Newcastle erteilten Lizenz zur Eizellspende für Klonexperimente, bei der für die spendenden Frauen im Gegenzug ein 50-prozentiger Preisnachlass bei reproduktionsmedizinischen Behandlungen gewährt wird, auch innerhalb Deutschlands eine wissenschaftliche und öffentliche Diskussion der Eizellspende für die Forschung in Verbindung mit der Gewährung eines Preisnachlasses bei reproduktionsmedizinischen Behandlungen für wünschenswert und förderungswürdig, und wie beurteilt die Bundesregierung die entsprechende Frage in der Umfrage „Zur Gerechtigkeit der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen“ der vom BMBF geförderten Nachwuchsgruppe „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel vom 14. März 2008

Das in Deutschland geltende Embryonenschutzgesetz (ESchG) verbietet die verbrauchende und die drittnützige Embryonenforschung sowie die Herstellung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken einschließlich des reproduktiven Klonens.

Vor dem Hintergrund der durch Artikel 5 Abs. 2 GG garantierten Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist streng auf die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Arbeit zu achten. Das Bundes-

ministerium für Bildung und Forschung prüft bei von ihm geförderten Projekten im Rahmen der Projektüberwachung die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel, nimmt aber keine Wertung der wissenschaftlichen Inhalte und deren Umsetzung im Projekt vor. Insbesondere bewertet es nicht einzelne Fragestellungen, die bei der Durchführung von Forschungsprojekten im Rahmen von Umfragen gestellt werden. Das Projekt „Gerechtigkeit in der modernen Medizin“ ist auf Basis einer öffentlichen Bekanntmachung von einem externen und unabhängigen Gutachterkreis positiv bewertet und zur Förderung empfohlen worden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

114. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung zur Verankerung verbindlicher sozialer Standards nimmt die Bundesregierung aufgrund welcher Analysen der WTO-Kompatibilität (WTO: Welthandelsorganisation) solcher Standards in den aktuellen Aushandlungsprozess innerhalb des EU-Rates von Nachhaltigkeitsstandards für Biomasseimporte ein, vor dem Hintergrund der jüngsten Positionierung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Notwendigkeit hoher verbindlicher sozialer und ökologischer Nachhaltigkeitsstandards für Biomasseimporte (Diskussionspapier „Entwicklungspolitische Positionierung zu Agrartreibstoffen“, März 2008) sowie in Kenntnis der im Allgemeinen Präferenzsystem (APS) der EU erlaubten handelspolitischen Sonderregelungen für Länder, die 16 wesentliche Übereinkommen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation zu Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten ratifiziert und tatsächlich umgesetzt haben?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Kortmann vom 27. März 2008

Neben ökologischen Kriterien sind Sozialstandards für die Bundesregierung ein essentieller Teil einer Nachhaltigkeitsregelung. Bei dieser Frage wird die Bundesregierung alle WTO-kompatiblen Optionen unterstützen.

Die exakte Ausgestaltung der EU-Richtlinie wird derzeit in EU-Arbeitsgruppen diskutiert.

Die Sonderregelungen für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung des Allgemeinen Präferenzsystems gelten nur für so genannte gefährdete Staaten mit einem geringen Handelsvolumen. Zudem geht es bei den EU-Präferenzabkommen um anreizorientierte Bevorzugungsregelungen. Auch hier ergeben sich allerdings WTO-rechtliche Grenzen, wie u. a. aus dem – auf der WTO-Webseite öffentlich zugänglichen – Bericht des Streitbeilegungsverfahrens EC – Conditions for the Granting of Tariff Preferences to Developing Countries aus dem Jahr 2004 ersichtlich wird.

115. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Auf welcher rechtlichen und finanziellen Grundlage arbeiten wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der KfW-Bankengruppe im Ministerialbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Kortmann
vom 18. März 2008

Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) arbeiten zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der KfW. Rechtliche Grundlage ist eine Abordnung von der KfW zum BMZ. Die Gehaltsbezüge werden von der KfW gezahlt. Das BMZ erstattet der KfW die Ministerialzulage und in einem Fall das Referentengehalt.

Darüber hinaus sind 47 Fachberaterinnen und Fachberater der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Rahmen von zeitlich und fachlich begrenzten Beratungsaufträgen für das BMZ tätig. Sie stehen in keinem Beschäftigungsverhältnis zum BMZ, sondern ausschließlich in einem zur GTZ. Ihre rechtliche und finanzielle Grundlage ist der jeweilige Arbeitsvertrag mit der GTZ. Das BMZ nutzt die breitgefächerte Fachlichkeit der GTZ für temporäre Beratungsaufgaben und nicht für Linienaufgaben des BMZ. Für eine effiziente und wirkungsorientierte Entwicklungspolitik bearbeiten die Experten zeitlich begrenzt und im Rahmen von vorbereitenden, begleitenden und auswertenden Maßnahmen fachlich aktuelle Themenstellungen.

116. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)
- Über welchen Zeitraum und in welchen Bereichen arbeiten sie dort?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin
Kortmann
vom 18. März 2008**

Eine in das BMZ abgeordnete Mitarbeiterin der KfW arbeitet für ein Jahr im Bereich des Referates „Planung, Grundsätze und Qualitätssicherung der Zusammenarbeit mit Ländern und Regionen“. Die zweite Person ist im Regionalreferat „Südamerika“ für einen Zeitraum von zwei Jahren tätig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GTZ arbeiten in diversen Vorhaben. Dazu gehört u. a. die Beratung und Unterstützung im Bereich der Migrationspolitik, der Grundsatzfragen von Wirtschaftswachstum und Ungleichheit und der Armutsbekämpfung. Weitere Unterstützung erhält das BMZ für die Sektorbereiche Grundbildungs- und Gesundheitsförderung und in der Energiepolitikberatung.

Berlin, den 28. März 2008

